

gefördert durch



DEUTSCHE STIFTUNG
FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAMT



Zentrum für
zivilgesellschaftliche
Entwicklung

Monitoring "Demokratische Integration" in Deutschland 2.0 | Bericht zur Vorstudie 2021

Bericht zur Vorstudie

2021

Titel

Monitoring "Demokratische Integration" in Deutschland 2.0 | Bericht zur Vorstudie 2021
Bericht zur Vorstudie 2021

Auftraggeber

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Woldegker Chaussee 35
17235 Neustrelitz

Herausgeber

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze)
im Forschungs- und Innovationsverbund (FIVE)
an der Ev. Hochschule Freiburg e.V.
Bugginger Straße 38
79114 Freiburg im Breisgau
<http://www.zze-freiburg.de>

Leitung

Prof. Dr. Thomas Klie

Mitarbeiter/in

Isabel Schön

Freiburg, Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

0	Zusammenfassung.....	6
1	Einleitung.....	7
2	Untersuchungsbericht der repräsentativen Bevölkerungsbefragung im August 2021 durch das Institut für Demoskopie Allensbach	9
2.1	Vorbemerkung.....	9
2.2	Das Konzept der „Demokratischen Integration“	10
2.3	Dimensionen der „Demokratischen Integration“	11
2.3.1	Zustimmung zur deutschen Demokratie.....	11
2.3.2	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland	19
2.3.3	Vertrauen zu Amtsträgern und Institutionen	28
2.3.4	Wahrgenommene Responsivität der Politik und des politischen Systems.....	34
2.3.5	Wahrgenommene Selbstwirksamkeit	37
2.3.6	Politische und gesellschaftliche Partizipation	40
2.3.7	(Un)Empfänglichkeit für populistische Argumentationen	52
2.3.8	Exkurs: „Demokratische Integration“ von Personen mit Migrationshintergrund	56
2.4	Engagement und Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl als Indikatoren demokratischer Integration	61
2.4.1	Engagierte sind eher demokratisch integriert als nicht Engagierte.....	61
2.4.2	Wer an Wahlen teilnimmt, ist eher demokratisch integriert	64
3	Ausblick	74
4	Literaturverzeichnis.....	76

Abbildungsverzeichnis

Schaubild 1: Fast drei Viertel bewerten die deutsche Demokratie als beste Staatsform	13
Schaubild 2: Zustimmung zur Demokratie in der Bundesrepublik	14
Schaubild 3: Für 70 Prozent ist die demokratische Staatsform in Dt. optimal – Zweifel in Ostdeutschland	15
Schaubild 4: Vorbehalte gegenüber der deutschen Demokratie.....	17
Schaubild 5: Nur wenige befürworten eine autoritäre Staatsform – Zweifel vor allem in Ostdeutschland	18
Schaubild 6: Geringe Neigung zu einer autoritären Staatsform, aber häufig auch Vorbehalte	19
Schaubild 7: Mit dem Funktionieren der Demokratie in Dt. sind die meisten zufrieden	20
Schaubild 8: Gründe für Unzufriedenheit	21
Schaubild 9: Enger Zusammenhang von Parteipräferenz und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.....	23
Schaubild 10: Politik und Gesellschaft in Dt. – Zufriedenheit überwiegt	26
Schaubild 11: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben vor Ort geht fast immer mit politischer Zufriedenheit einher	27
Schaubild 12: Wohnumfeld: Wahrnehmungen, die mit der Unzufriedenheit über das Funktionieren der Demokratie zusammenhängen	28
Schaubild 13: Zweifel an der Kompetenz von Bundestagsabgeordneten	29
Schaubild 14: Verfall des Ansehens von Abgeordneten	30
Schaubild 15: Institutionenvertrauen	31
Schaubild 16: Beispiel Bundestag: Einflussfaktoren auf das politische Vertrauen.....	32
Schaubild 17: Institutionenvertrauen: Bundesregierung und Gesetze.....	33
Schaubild 18: Responsivität	35
Schaubild 19: Wahrnehmung von Gängelung und mehr Freiheitseinschränkung	36
Schaubild 20: Zusammenhang der Haltungen zu den Corona-Maßnahmen mit den Empfindungen von Gängelung und Freiheitseinschränkung	37
Schaubild 21: Selbstwirksamkeit: Nur ein Drittel sieht Einflussmöglichkeiten.....	38
Abbildung 22: Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung der Selbstwirksamkeit	39
Schaubild 23: Uneingeschränktes Interesse für Politik bei ca. der Hälfte der Bevölkerung und Zeitverlauf	41
Schaubild 24: Determinanten des politischen Interesses.....	42
Schaubild 25: Viele Quellen der politischen Information	43

Schaubild 26: Freiwilliges Engagement 2021	45
Schaubild 27: Freiwilliges Engagement, feste Aufgaben und Einflussfaktoren	46
Abbildung 28: Wählen	48
Schaubild 29: Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten	49
Schaubild 30: Zwei von Drei geben an, sich an jeder Bundestagswahl zu beteiligen.....	50
Schaubild 31: Determinanten der Wahlgewohnheiten	51
Schaubild 32: Wähler und Nichtwähler bleiben häufig unter sich	52
Schaubild 33: Beschwörung einer Systemkrise als Argument für eine Änderung des Systems	53
Schaubild 34: Fremdsteuerung des politischen Systems?	55
Schaubild 35: Eher konkrete Verschwörungstheorien finden nur wenig Zustimmung.....	56
Schaubild 36: Demokratische Integration der Personen mit Migrationshintergrund	58
Schaubild 37: Muslime mit deutscher Staatsbürgerschaft bejahen meist die deutsche Demokratie.....	60
Schaubild 38: Engagement als Indikator für „Demokratische Integration“	62
Schaubild 39: Engagiert im Sport mit kaum weniger Zustimmung zur deutschen Demokratie als Engagierte im Bereich Politik	63
Schaubild 40: Engagement ist ein guter Indikator für die wahrgenommene Selbstwirksamkeit	64
Schaubild 41: Klarer Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten und den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland.....	66
Schaubild 42: Klarer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Ablehnung einer autoritären Staatsform.....	67
Schaubild 43: Zusammenhang von Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und dem Wahlverhalten.....	68
Schaubild 44: Zusammenhang von Institutionenvertrauen und Wahlverhalten: Beispiel Bundestag.....	69
Schaubild 45: Zusammenhang zwischen wahrgenommener Selbstwirksamkeit und Wahlverhalten.....	70
Schaubild 46: Enger Zusammenhang von Wahlgewohnheit, politischem Interesse und Zufriedenheit mit der Demokratie	71
Schaubild 47: Multivariate lineare Regresseon – Mögliche Einflüsse auf die geplante Wahlbeteiligung	72
Schaubild 48. Multivariate lineare Regression – Mögliche Einflüsse auf das politische Interesse	73

0 Zusammenfassung

Die Vorstudie zum Monitoring „Demokratische Integration“ in Deutschland 2.0 galt der Weiterentwicklung des 2019 vorgestellten Ansatzes, Strukturmerkmale von Regionen für alle 96 Planungsregionen in Deutschland zu identifizieren, die eine möglichst hohe „Demokratische Integration“ im Sinne von Wahlbeteiligung, Engagement und Systemvertrauen erklären. Hierzu galt es im Wesentlichen zwei Aufgaben zu erfüllen: Zum einen galt es die schon im Monitoring 2019 problematisierte Verbindung von Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt mit über Sekundärdaten vorliegenden Informationen zum Verhalten der Bevölkerung in Regionen in Beziehung zu setzen. Hierzu wurde eine repräsentative Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach durchgeführt, die in gewisser Weise die Eichung von Verhaltensvariablen und Einstellungen ermöglichen sollte. Zum anderen galt es, die Datengrundlage für die Strukturbedingungen von Regionen zu erweitern und für ein Monitoring „Demokratische Integration“ 2.0 zu aktualisieren. Hier hat das Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) zugängliche Datensätze aufbereitet und analysiert und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass ein Monitoring „Demokratische Integration“ 2.0 auf einer sowohl aktuellen als auch erweiterten und damit aussagekräftigeren Datenbasis durchgeführt werden kann.

Die Ergebnisse wurden in zwei Workshops diskutiert – einmal mit den Vertreter*innen der DSEE und der drei Ministerien, die die DSEE tragen. Sie hatten jeweils schon in der Vergangenheit ihr Interesse an dem Ansatz der „Demokratischen Integration“ bekundet. Denn es bietet zum einen die Möglichkeit, Engagement und Ehrenamtsförderung sowie zum anderen die Förderung von Demokratie unter anderem auch an dem jeweiligen Ausmaß der „Demokratischen Integration“ zu orientieren und mit strukturpolitischen Maßnahmen zu verbinden. In einem zweiten Workshop wurde mit Expert*innen aus Zivilgesellschaft und Forschung der Ertrag der Vorstudie diskutiert und daraus Ableitungen für eine Qualifizierung des Ansatzes der „Demokratischen Integration“ getroffen. Insgesamt wurde der Ansatz als ausgesprochen bedeutsam gewürdigt, da er gerade in Zeiten politischer Polarisierung, die auch regional sehr unterschiedliche Dynamiken kennt, hilft, regionale Einflussfaktoren zu identifizieren, die für die Demokratische Resilienz relevant sind. Aus der Vorstudie wird das Konzept eines Monitorings „Demokratische Integration“ 2.0 abgeleitet, das im Jahre 2022 durchgeführt werden könnte und sollte.

1 Einleitung

Im Anschluss an die Arbeiten der Zweiten Engagementberichtscommission hat das Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) gemeinsam mit FIFAS und dem Institut für Demoskopie in Allensbach das Monitoring „Demokratische Integration“ in Deutschland konzeptionell entwickelt. Die Bedeutung von Strukturmerkmalen von Regionen für das Engagementniveau der Bürger*innen und die Wahlbeteiligung konnte in markanter Weise herausgearbeitet werden (vgl. Klie 2019). Das Monitoring „Demokratische Integration“ zielte von vornherein auf eine Verstetigung, die auch im expliziten Interesse der das DSEE tragenden Ministerien lag und liegt.

Es basierte auf den seinerzeit verfügbaren Sekundärdaten. Nun bedarf es der Weiterentwicklung und Qualifizierung und dies auch und gerade mit Blick auf die verschiedenen Spielarten des Engagements und der Bedeutung von Engagement und Ehrenamt für eine demokratische Gesellschaft. Engagement und Ehrenamt sind, so die allseits geteilten fachlichen und fachpolitischen Positionen, immer im Zusammenhang mit demokratischer Partizipation zu sehen und auch zu analysieren. Von großer Bedeutung für eine Verstetigung des Monitoringansatzes ist die Herausarbeitung des Zusammenhangs von -Strukturmerkmalen auf regionaler Ebene zu Einstellungsmerkmalen der Bevölkerung zu Engagement und Demokratie sowie zur Funktionsweise des demokratischen Systems. Dabei galt es auch, die ggf. sich ändernden Einflussgrößen auf das Wahlverhalten – etwa die zunehmende Polarisierung in den öffentlichen Debatten – zu berücksichtigen und bei der Konzeption des Monitorings „Demokratische Integration“ einzubeziehen. Die Gruppen der Nichtwähler*innen resp. Protestwähler*innen etwa verändern sich in ihrer Zusammensetzung und in ihren Motiven. Insofern kann nicht automatisch aus einer erhöhten Wahlbeteiligung eine Erhöhung des Faktors „Demokratische Integration“ abgeleitet werden. Um diese Zusammenhänge herauszuarbeiten, wurde eine Vorstudie durchgeführt, in der die Merkmale für den Indikator der „Demokratischen Integration“ mit Einstellungsmerkmalen der Bevölkerung verbunden werden. Dabei wurde auf weitere aktuelle Studien des Instituts für Demoskopie in Allensbach Bezug genommen und konnte auf relevante Datensätze bei der Erstellung der Vorstudie zurückgegriffen werden.

Zur Vorstudie eines Monitorings „Demokratische Integration“ 2.0 gehörte auch die Sichtung relevanter Datensätze, die aktuell oder in absehbarer Zeit zur Verfügung liegen, um die Strukturmerkmale von Regionen entsprechend abbilden und in die Analysen einbeziehen zu können. Das zze übernahm die Aufgabe der Sondierung, welche potenziell interessanten Datensätze mit entsprechender Aktualität im Jahre 2022 zu Verfügung stünden, um die Indikatoren für die Strukturmerkmale auf der Ebene der Planungsregionen errechnen zu können. Selbstverständlich kann auf die Daten der Bundestagswahl 2021 zurückgegriffen werden sowie auf

die neuen Daten des Freiwilligensurveys aus dem Jahre 2019. Darüber hinaus gehende Datensätze wurden systematisch identifiziert, recherchiert und hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit geprüft.

Die Vorstudie wurde im Zeitraum vom 01.06.-31.12.2021 durchgeführt. Die Befragung erfolgte im August 2021. Die Ergebnisse und Befunde der Bevölkerungsumfrage wurden in zwei Workshops diskutiert. Im ersten Workshop nahmen neben der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt die zuständigen Kolleg*innen aus den drei Ministerien teil. Ein zweiter Workshop, der im Dezember 2021 durchgeführt wurde, bezog neben den benannten Ministerien relevante weitere Akteure aus Zivilgesellschaft und Forschung ein und fand unter Beteiligung des Instituts für Demoskopie Allensbach, statt. Er galt der Diskussion der Ergebnisse und der gemeinsamen Qualifizierung und Weiterentwicklung des Ansatzes Monitoring „Demokratische Integration“ für die Raumordnungsregionen in Deutschland.

Nachfolgend werden die wesentlichen Ergebnisse der Vorstudie dokumentiert.

2 Untersuchungsbericht der repräsentativen Bevölkerungsbefragung im August 2021 durch das Institut für Demoskopie Allensbach¹

2.1 Vorbemerkung

Das zurückliegende Jahrzehnt war durch Veränderungen und Krisen geprägt. Die Eurokrise, die Flüchtlingskrise und zuletzt vor allem die Corona-Pandemie stellten Politik, Verwaltung, Wirtschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft vor große Herausforderungen. In diesem Jahrzehnt beschleunigten sich soziale und demografische Veränderungen. Nicht zuletzt veränderte sich das Informationsverhalten der Bevölkerung durch die zunehmende Nutzung des Internets. Im Rahmen solcher Entwicklungen nahm die Verbreitung von überzogener Kritik und Hetze zu. In Deutschland wie auch im übrigen Europa und in den USA wuchs die Zustimmung zu populistischen Parteien und Politikern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Zustimmung der Bevölkerung zu demokratischen Werten und Vorstellungen sowie nach der politischen und gesellschaftlichen Partizipation. Wie ist es in Deutschland um die „Demokratische Integration“ bestellt?

Da nicht zuletzt die Wahlergebnisse hier auf erhebliche regionale Einstellungsunterschiede hindeuteten, wurde 2018 mit der Untersuchung "Demokratische Integration in Deutschland" eine regionale Analyse vorgenommen: Demokratieverankerung und Partizipation wurden für die knapp 100 deutschen Raumordnungsregionen in den Blick genommen. Die von Professor Thomas Klie und Professor Baldo Blinkert vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) vorgelegten Analysen zeigten erhebliche regionale Differenzen. Als Erklärungsgrößen wurden auch Daten der Regionalstatistik berücksichtigt. Dieses regionale Monitoring soll 2022 fortgesetzt werden, wobei unter verschiedenen Datenquellen wiederum auch auf Daten der repräsentativen Statistik zur letzten Bundestagswahl (2021) sowie des aktuellen Freiwilligen-surveys (2019) aufgebaut werden soll.

Im Rahmen einer Vorstudie zu dieser Untersuchung führte das Institut für Demoskopie Allensbach jetzt in Kooperation mit Herrn Professor Klie (zze) eine Bevölkerungsbefragung durch; Auftraggeber ist die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). Kernaufgabe dieser Befragung ist es, die Eignung der genutzten Maße der Wahlbeteiligung und des Engagements als Indikatoren für die jeweilige „Demokratische Integration“ zu untersuchen. Im Rahmen einer Mehrthemenumfrage wurden zwischen dem 5. und dem 18. August 2021 1.074

¹ Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung sowie Verwendung der Fragestellungen ganz oder teilweise, nur mit Genehmigung des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH.

Personen befragt. Diese Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren. Zusätzlich konnte im Rahmen der Mehrthemenumfrage eine repräsentative Zusatzstichprobe von 222 Muslimen mit deutscher Staatsbürgerschaft befragt werden. Auch für diese Teilstichprobe lassen sich die Indikatoren der „Demokratischen Integration“ auswerten.

2.2 Das Konzept der „Demokratischen Integration“

Die zweite Welle der Untersuchung, als deren Vorstufe die aktuelle Befragung dient, soll eine Reihe von Datenquellen nutzen, um die „Demokratische Integration“ in unterschiedlichen Regionen zu erfassen. Im Mittelpunkt der ersten Welle dieser Untersuchung² stand eine Variable der örtlichen „Demokratischen Integration“, die für die 96 Raumordnungsregionen aus der jeweiligen regionalen Engagementquote und der jeweiligen Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 errechnet wurde. Datenquellen dafür waren die repräsentative Wahlstatistik sowie der Freiwilligensurvey 2014. Mit Hilfe der daraus abgeleiteten Variablen war es dann möglich, unterschiedliche Regionen miteinander zu vergleichen und zudem auch aus der Regionalstatistik mögliche Einflussgrößen zu bestimmen. Für die jetzt geplante Fortsetzung der Untersuchung ist ein ähnliches Vorgehen geplant; wiederum sollen regionale Einheiten nach ihrer jeweiligen „Demokratischen Integration“ analysiert werden.

Dabei sagt der Indikator der „Demokratischen Integration“, wie er in der ersten Untersuchungswelle genutzt wurde, aber zunächst nur wenig über die einzelnen Personen, die in den jeweiligen Regionen leben, aus. Unmittelbar lässt er lediglich Rückschlüsse auf die Wahrscheinlichkeit eines Engagements oder auch der Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl zu. Das sind zwar bedeutsame Aspekte der politischen und gesellschaftlichen Partizipation. Zunächst unbestimmt ist aber, ob der Blick auf diese Aspekte auch als Indikator für andere Dimensionen ausreicht. Konkret stellt sich die Frage, inwieweit eine solche Kumulation von Engagement und Wahlbeteiligung als Indikator für weitere Aspekte der „Demokratischen Integration“ wie z. B. der grundsätzlichen Zustimmung zur demokratischen Regierungsform, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, der erlebten Responsivität des politischen Systems oder auch der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit geeignet ist.

In der hier dargestellten Vorstufe zur zweiten Welle der Monitor-Untersuchung werden deshalb relevante Maße für die „Demokratische Integration“ der Bevölkerung bzw. für deren Verankerung in der Demokratie erhoben und zu den zentralen Maßzahlen der „Demokratischen Integration“ aus der Ausgangsstudie in Beziehung gesetzt. Aus forschungsökonomischen

² Thomas Klie (Hrsg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 2019.

Gründen war dabei eine Fragensauswahl notwendig, die sich an früheren Forschungsergebnissen orientiert³ und zudem an Allensbacher Langzeittrends anschließt. Im Einzelnen wurden bei den Bürgerinnen und Bürgern Informationen erhoben

- zur Bewertung der Staatsform Demokratie, auch im Vergleich zu anderen Staatsformen,
- zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie,
- zum Vertrauen gegenüber politischen Institutionen und Amtsträgern,
- zu Erfahrungen im regionalen Umfeld, die Einfluss auf die Haltungen zur Demokratie nehmen können,
- zur erlebten Selbstwirksamkeit und zu den wahrgenommenen Möglichkeiten zur Partizipation,
- zur tatsächlichen Partizipation, insbesondere im Hinblick auf freiwilliges Engagement, Beteiligung an Wahlen, politisches Interesse und politische Information und
- zur (Un)Empfänglichkeit gegenüber populistischen Argumentationen.

Der vorliegende Bericht stellt zunächst den Stand der „Demokratischen Integration“ in diesen unterschiedlichen Einzelbereichen vor. In einem zweiten Teil werden dann die Zusammenhänge dieser Faktoren mit Wahlbeteiligung und Engagement in den Blick genommen.⁴

2.3 Dimensionen der „Demokratischen Integration“

2.3.1 Zustimmung zur deutschen Demokratie

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat eine grundsätzlich positive Einstellung zur Idee der Demokratie. Neun von zehn Bürgerinnen und Bürgern sehen die Demokratie als gute Regierungsform, wobei sich die Ansichten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen nur wenig

³ Vgl. etwa David Easton: A Systems Analysis of Political Life. New York, 1965. Institut für Demoskopie Allensbach: Demokratie-Verankerung in der Bundesrepublik Deutschland. Allensbach, 1978. Frank Decker u. a.: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn, 2019. Matthias Brachert: Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland. In: Everhard Holtmann (Hrsg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/ New York 2019. S. 219 – 342. Institut für Demoskopie Allensbach: 70 Jahre Grundgesetz - Der Rückhalt des Grundgesetzes bei den Bürgern. Allensbach, 2019.

⁴ Einige solcher Nachweise sind bereits im Bericht zum Freiwilligensurvey 2019 enthalten, der während der Konzeption der aktuellen Studie noch nicht vorlag. Vgl. Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: DZA, Juni 2021. S.268-270.

unterscheiden.⁵ Auch West- und Ostdeutsche unterscheiden sich im Hinblick auf ein solches generelles Demokratieverständnis nicht allzu stark.⁶

Deutlich mehr Varianz der Einstellungen zeigt sich allerdings bei der für die politische Praxis relevanteren konkreten Fragestellung, ob man die in der Bundesrepublik gelebte Demokratie für die beste Staatsform hält. Darauf weist zwar ebenfalls noch eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung der Demokratie den Spitzenplatz unter den Staatsformen zu (70 Prozent). Insgesamt fast ein Drittel erklärt sich aber entweder unentschieden (19 Prozent) oder findet eine andere Staatsform besser (11 Prozent).

Besonders groß sind die Anteile der Unentschiedenen und der Skeptiker in Ostdeutschland⁷, wo 33 Prozent unentschieden sind und 26 Prozent eine andere Staatsform für besser halten. Während dort lediglich 41 Prozent eine Überlegenheit der deutschen Demokratie annehmen, sind es in Westdeutschland 77 Prozent.⁸

⁵ Julia Simonson u. a. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin, 2021. S.263.

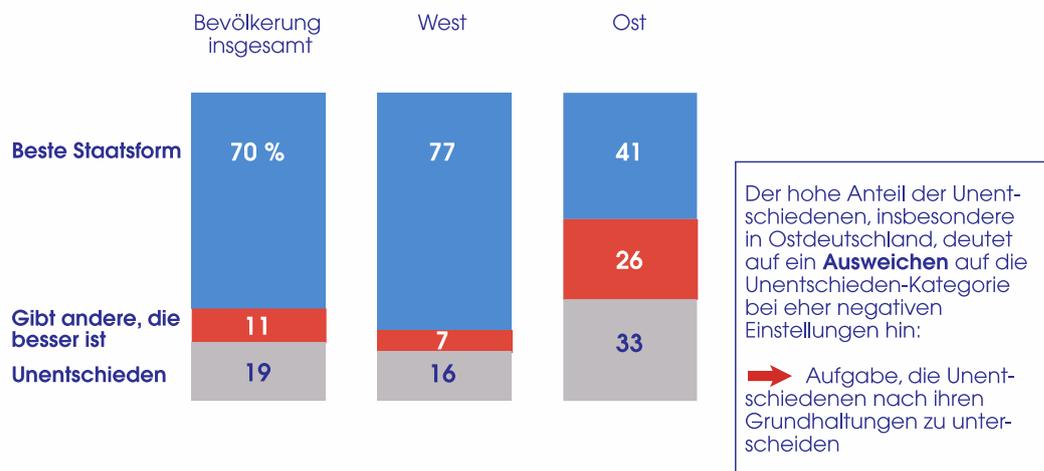
⁶ Dementsprechend weisen auch aktuelle ostdeutsche Regionalstudien Zustimmungswerte von rund 90 Prozent zur Idee der Demokratie aus. So z. B. Everhard Holtmann u. a.: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 - Polarisierung und Zusammenhalt. Halle und Wittenberg, 2018. S.59.

⁷ Als Ostdeutschland werden in dieser Studie die ostdeutschen Länder einschließlich des früheren Ostberlins bezeichnet.

⁸ Dementsprechend bleiben auch in ostdeutschen Regionalstudien die Zustimmungswerte zum "demokratischen Verfassungssystem in der Bundesrepublik" deutlich hinter den Zustimmungswerten zur Idee der Demokratie zurück. Vgl. Holtmann, S.60.

Fast drei Viertel bewerten die deutsche Demokratie als beste Staatsform

Frage: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

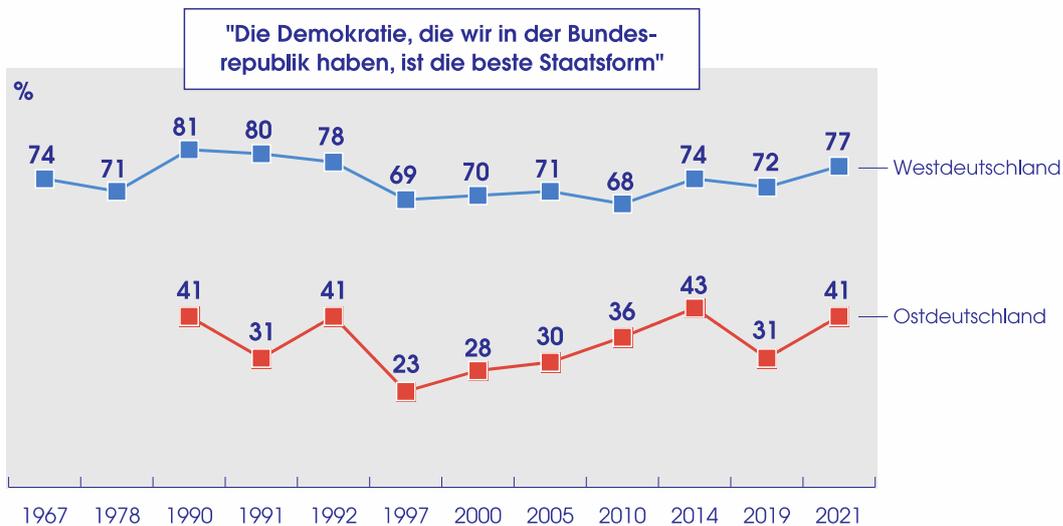
© IfD-Allensbach

Schaubild 1: Fast drei Viertel bewerten die deutsche Demokratie als beste Staatsform

Dass sich bei solchen Haltungen insbesondere in Ostdeutschland anhaltende Prägungen und in kleinerem Maße auch Erfahrungen aus der Nachwendezeit auswirken, zeigen die jeweiligen Zeitreihen. Während die Anteile der positiven Haltungen zur Demokratie in Westdeutschland in einem relativ engen Korridor oszillieren, ergeben sich für Ostdeutschland eher größere Veränderungen: Bereits zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung, als es noch keine Nachwenderfahrungen gab, bewerteten in Ostdeutschland nur 41 Prozent die Demokratie als beste Staatsform, in Westdeutschland 81 Prozent. Hierbei ist bedeutsam, dass bei der Fragestellung in den Jahren 1990 und 1991 auf die spezifische Zuordnung "die wir in der Bundesrepublik haben" verzichtet wurde. Damit zeigen die vergleichsweise geringen ostdeutschen Zustimmungswerte hier die grundsätzlichen Haltungen zur Demokratie im Wettbewerb der Systeme, ohne mögliche Ressentiments gegenüber Westdeutschland mit aufzurufen.

Gleichwohl deuten sich auch Auswirkungen der Nachwenderfahrungen in der ostdeutschen Zeitreihe an: In der Mitte der 1990er Jahre verringert sich die Wahrnehmung, die Demokratie sei die beste Regierungsform auf weniger als 30 Prozent der Bevölkerung, um in der Folge wieder zuzunehmen. Aktuell wird im Wesentlichen der gleiche Anteil erreicht wie im November 1990. Es gibt hier also keine signifikante Verschlechterung der Einstellungen.

Zustimmung zur Demokratie in der Bundesrepublik



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12039

© IfD-Allensbach

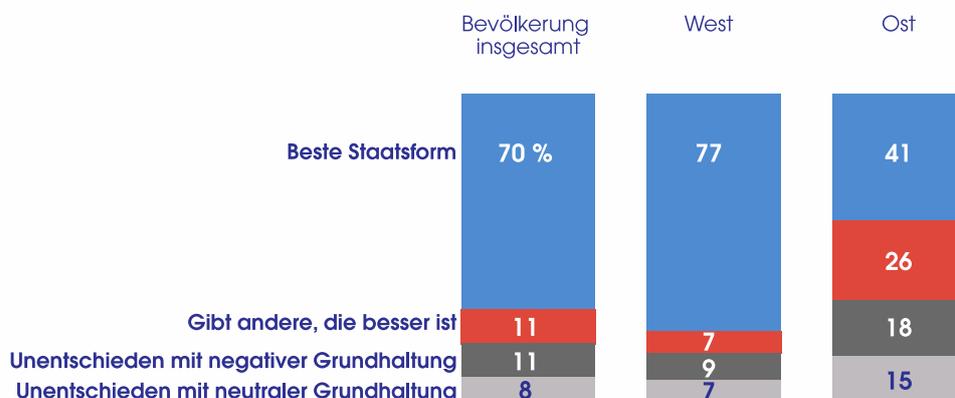
Schaubild 2: Zustimmung zur Demokratie in der Bundesrepublik

Hinter dem hohen Anteil der Unentschiedenen verbergen sich unterschiedliche Haltungen, sowohl Äquidistanz zu den gegensätzlichen Antwortvorgaben als auch eher neutrales Desinteresse oder auch schlichte Uninformiertheit über unterschiedliche Regierungssysteme. Eine Rolle spielt aber auch das Ausweichen auf die Unentschieden-Position, um sich nicht mit der Äußerung einer als unliebsam wahrgenommenen Einstellung zu exponieren.

Um Indikatoren für die Dimension dieses Ausweichens zu erhalten, wurde ermittelt, welche Personen bei Fragen zur Demokratie und zum politischen System weit überdurchschnittlich häufig negative Bewertungen oder Einstellungen zu Protokoll geben. Für diese Personen (etwa ein Drittel der Bevölkerung) wurde eine eher negative Grundhaltung angenommen. Damit wird es möglich, bei unterschiedlichen Fragen zu erkennen, welche Unentschiedenen eine eher negative Grundhaltung im Hinblick auf das politische System in Deutschland vertreten. Unter jenen, die sich bei der Frage nach der demokratischen Staatsform in Deutschland unentschieden äußern, machen die Personen mit negativer Grundhaltung etwa die Hälfte aus (11 Prozent); besonders häufig finden sie sich in Ostdeutschland (18 Prozent).

Für 70 Prozent ist die demokratische Staatsform in Deutschland optimal - besonders in Ostdeutschland verbreitete Zweifel daran, oft mit grundsätzlich negativer Grundhaltung

Frage: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 3: Für 70 Prozent ist die demokratische Staatsform in Dt. optimal – Zweifel in Ostdeutschland

Signifikante Unterschiede der Vorbehalte gegenüber der Demokratie in Deutschland gibt es nicht allein zwischen West- und Ostdeutschland, sondern auch zwischen den sozialen Schichten, den Parteianhängerschaften und den Bewohnern unterschiedlicher regionaler Umfelder.

Vergleichsweise selten betrachten Angehörige der gehobenen Schicht⁹ die Demokratie in Deutschland nicht auch als die beste Staatsform. Häufiger finden sich solche Haltungen in der mittleren und insbesondere in der einfachen Schicht. In diesen Gruppen der Bevölkerung spielt die Unentschiedenheit mit negativer Grundhaltung eine weitaus größere Rolle als für die eher eloquenten und expositionsbereiten Angehörigen der gehobenen Schicht.

Daneben finden sich eher negative Haltungen häufiger bei der Hälfte der Bevölkerung ohne sonderliches politisches Interesse (vgl. Schaubild 23). Innerhalb der Parteianhängerschaften melden vor allem Anhänger der Linken und der AfD Zweifel am besonderen Wert der deutschen Demokratie an. Unter diesen Parteien sind sowohl die Anteile der explizit Kritischen wie auch der Unentschiedenen mit negativer Grundhaltung vergleichsweise groß (40 Prozent unter den Anhängern der Linken, 56 Prozent unter den Anhängern der AfD). Eher klein sind die

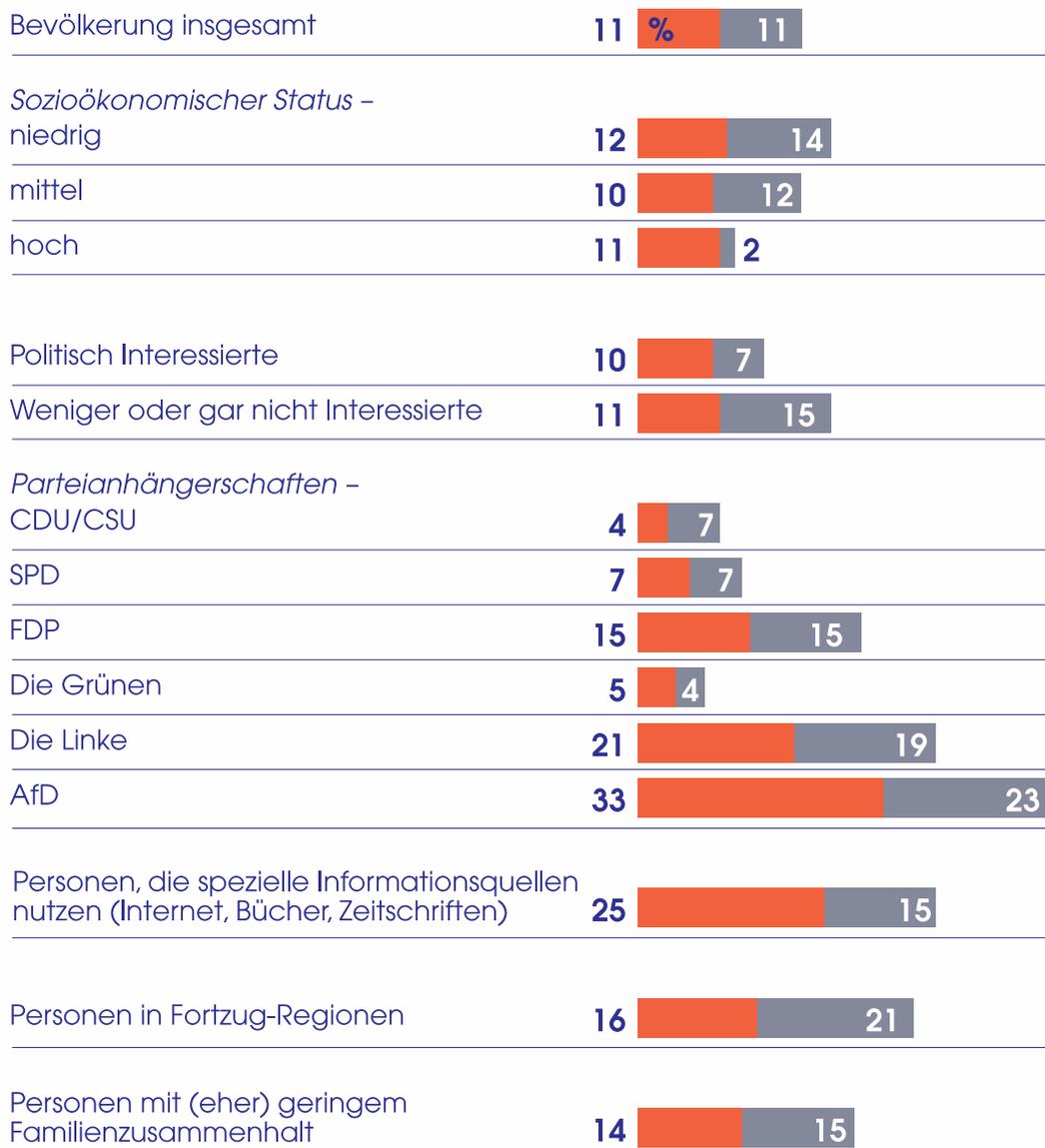
⁹ Als Schichtindikator wird hier der sozioökonomische Status genutzt. Dieser wird hier über Berufstätigkeit, Einkommen, Bildung und den Berufskreis des Hauptverdieners im Haushalt bestimmt; dabei werden als Personen mit einfachem sozialem Status die 22 Prozent abgegrenzt, die auf einer Skala anhand dieser Merkmale die niedrigsten Werte erreichen. Als Personen mit höherem Status werden die 23 Prozent mit den höchsten Werten abgegrenzt, als mittlere Schicht eine Mehrheit von 55 Prozent.

entsprechenden Anteile unter den Anhängern der zum Umfragezeitpunkt im Bund regierenden Parteien CDU/CSU und SPD, aber auch unter den Grünen.

Vergleichsweise häufig finden sich negative Haltungen zudem bei den Nutzerinnen und Nutzern spezieller Informationsquellen mit Informationen oder Meinungen, die in den eigentlichen Massenmedien nicht vorkommen, bei Personen in Fortzug-Regionen und auch bei Personen mit geringem Familienzusammenhalt. Das bestätigt Befunde der Vorgängerstudie, dass sich auch der Familismus, die örtlich stärker oder schwächer ausgeprägte Erfahrungen des Zusammenlebens in der Familie und der verlässlichen sozialen Einbindung, auf die „Demokratische Integration“ auswirken.

Vorbehalte gegenüber der deutschen Demokratie

- Es finden eine andere Staatsform besser als die deutsche Demokratie
■ Unentschieden mit negativer Grundhaltung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 4: Vorbehalte gegenüber der deutschen Demokratie

Auch die zuweilen vorgebrachte Behauptung, ein "starker Mann" bzw. eine starke Person könne das Land besser führen als die Demokratie mit ihren Beratungen und Abstimmungen, ist in Deutschland nach wie vor weit von jeder Mehrheit entfernt, sondern allenfalls die Ansicht einer kleinen Minderheit. 75 Prozent finden, die Demokratie habe sich in Deutschland im Großen und Ganzen bewährt, lediglich 7 Prozent halten eine autoritäre Staatsform mit einer

starken Person an der Spitze für besser. 18 Prozent bleiben unentschieden, darunter wiederum die meisten mit einer eher negativen Grundeinstellung (11 Prozent).

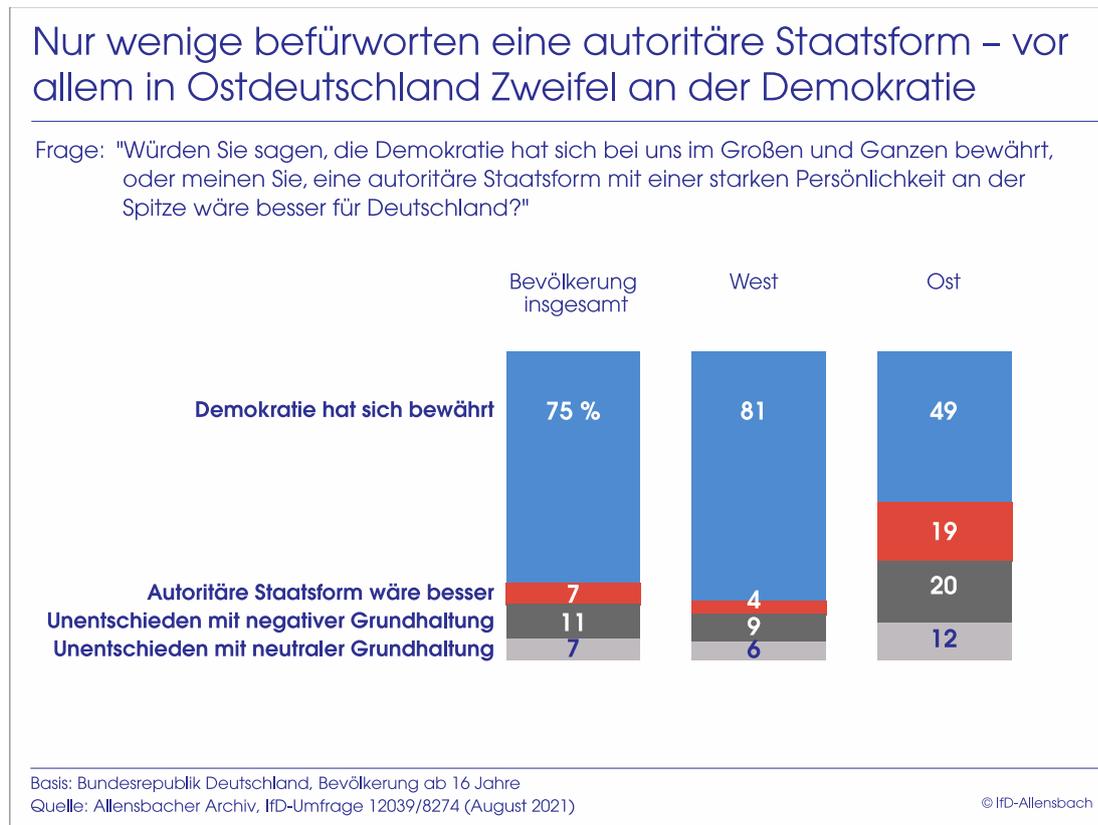


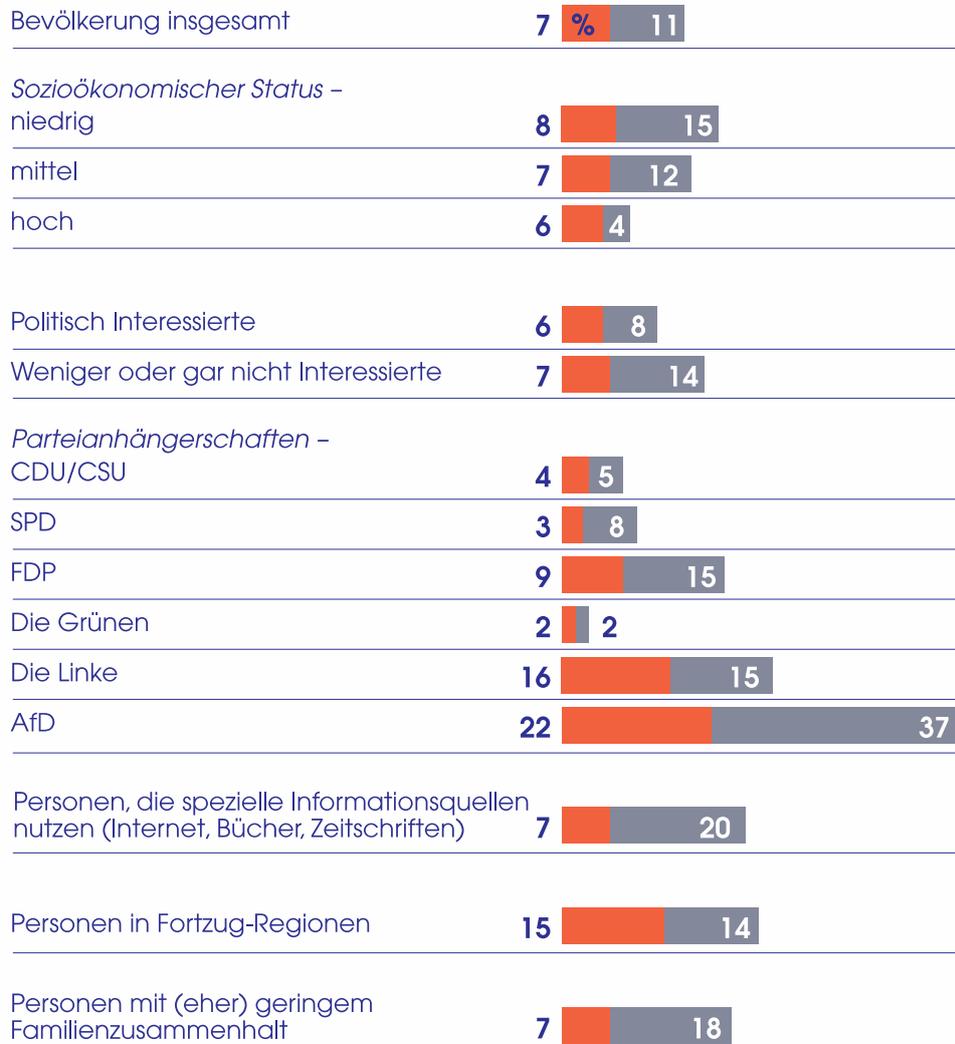
Schaubild 5: Nur wenige befürworten eine autoritäre Staatsform – Zweifel vor allem in Ostdeutschland

Auch bei dieser Alternative fällt es manchen Ostdeutschen schwer, sich zur konkreten Demokratie in Deutschland zu bekennen. 19 Prozent sprechen sich für eine eher autoritäre Staatsform aus, 32 Prozent bleiben unentschieden, darunter 20 Prozent mit negativer Grundeinstellung.

Für die übrigen gesellschaftlichen Teilgruppen zeigen sich die gleichen Verteilungen wie bei den grundsätzlichen Einstellungen zur Demokratie in Deutschland als bester Staatsform. Wiederum bleiben die Einstellungswerte der AfD-Anhänger deutlich zurück. Von ihnen würden 22 Prozent eine autoritäre Staatsform mit starker Persönlichkeit an der Spitze der bestehenden Demokratie explizit vorziehen.

Geringe Neigung zu einer autoritären Staatsform, aber häufig auch Vorbehalte

- Es würden eine autoritäre Staatsform mit einer starken Persönlichkeit vorziehen
- Unentschieden mit negativer Grundhaltung gegenüber der deutschen Demokratie



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 6: Geringe Neigung zu einer autoritären Staatsform, aber häufig auch Vorbehalte

2.3.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Mit dem Funktionieren der Demokratie und des gesamten politischen Systems in Deutschland ist wiederum eine beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung zufrieden (70 Prozent). Sehr zufrieden äußern sich 26 Prozent, 44 Prozent geben zu Protokoll, einigermaßen zufrieden zu sein. Nicht sehr zufrieden sind 15 Prozent, überhaupt nicht zufrieden 7 Prozent. Auch die Zu-

friedenheit mit der Demokratie findet sich ungleich häufiger in Westdeutschland als in Ostdeutschland (76 ggü. 48 Prozent). Als generell unzufrieden erklären sich allerdings auch im Osten nur 14 Prozent; 28 Prozent geben an, nicht sehr zufrieden zu sein.

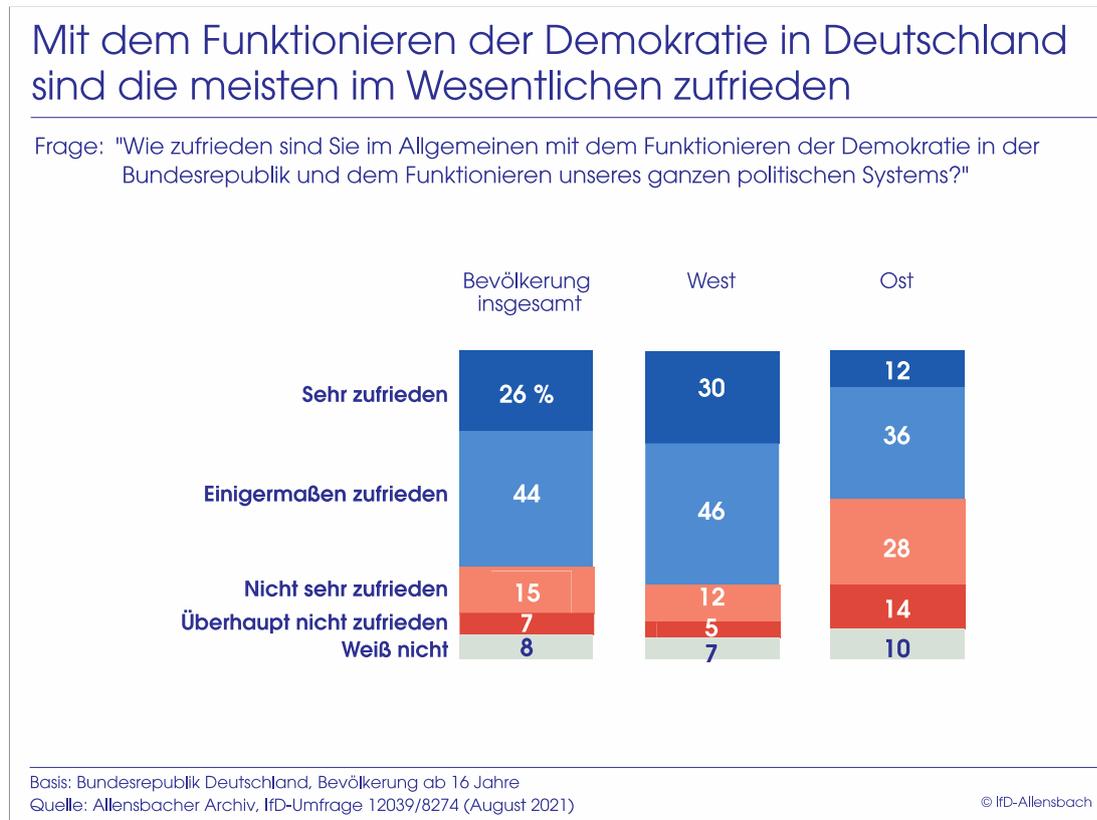


Schaubild 7: Mit dem Funktionieren der Demokratie in Dt. sind die meisten zufrieden

Dabei gibt es ganz unterschiedliche Gründe für die eingeschränkte Zufriedenheit oder auch explizite Unzufriedenheit. Diese Motive wurden durch eine sogenannte offene Frage ermittelt, für die den Befragten keine möglichen Antwortalternativen vorgegeben werden. Die ganz unterschiedlichen Antworten auf diese Frage, weshalb man nicht oder weniger zufrieden sei, lauteten dann beispielsweise: "Die kleinen Bürger müssen immer alles ausbügeln, was da oben verbockt wird", "zu viele unsinnige Ausgaben, die nicht sein müssen", "zu viel Bürokratie", "dass viele Personen und Gruppen zu sehr ihre eigenen Interessen vertreten, Lobbyismus", "dass die meisten vernünftigen Vorschläge von einer Seite von den anderen Parteien mit den unsinnigsten Argumenten zerpfückt bzw. für sich reklamiert werden" etc.

Eine zusammenfassende Codierung dieser Antworten zeigt etwa gleich häufig Kritik an der Organisation und dem Aufbau des politischen Systems (28 Prozent) wie auch an der Funktionsweise des Systems, insbesondere an Entscheidungsprozessen und konkreten Sachentscheidungen (27 Prozent). Insgesamt 16 Prozent kritisieren auch Personen, vorrangig Mandatsträger, die Lobbyisten zu viel Gehör schenken. Viele äußern gleich an zwei oder drei Aspekten Kritik.

Gründe für Unzufriedenheit: Am häufigsten werden zu geringe Rücksichtnahme und zu wenig Beteiligungsmöglichkeiten genannt

Frage an Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden sind: "Womit sind Sie nicht zufrieden? Was stört Sie vor allem?"

Das stört mich am Funktionieren der Demokratie in Deutschland vor allem

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
Organisation und Aufbau des politischen Systems	28 %	27	34
insb. zu wenig Rücksichtnahme auf "kleine Leute" bzw. zu wenig Beteiligungsmöglichkeiten	17	15	22
Prozesse laufen falsch, falsche Sachentscheidungen	27	26	29
insb. Langsamkeit, falsche Umsetzung	8	9	7
zu viel Gerede, Streit	5	5	8
Zuwanderer, Ausländer	4	4	6
andere konkrete Gründe	13	13	14
Personen machen Probleme, Mandatsträger	16	15	21

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nicht zufrieden sind

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 8: Gründe für Unzufriedenheit

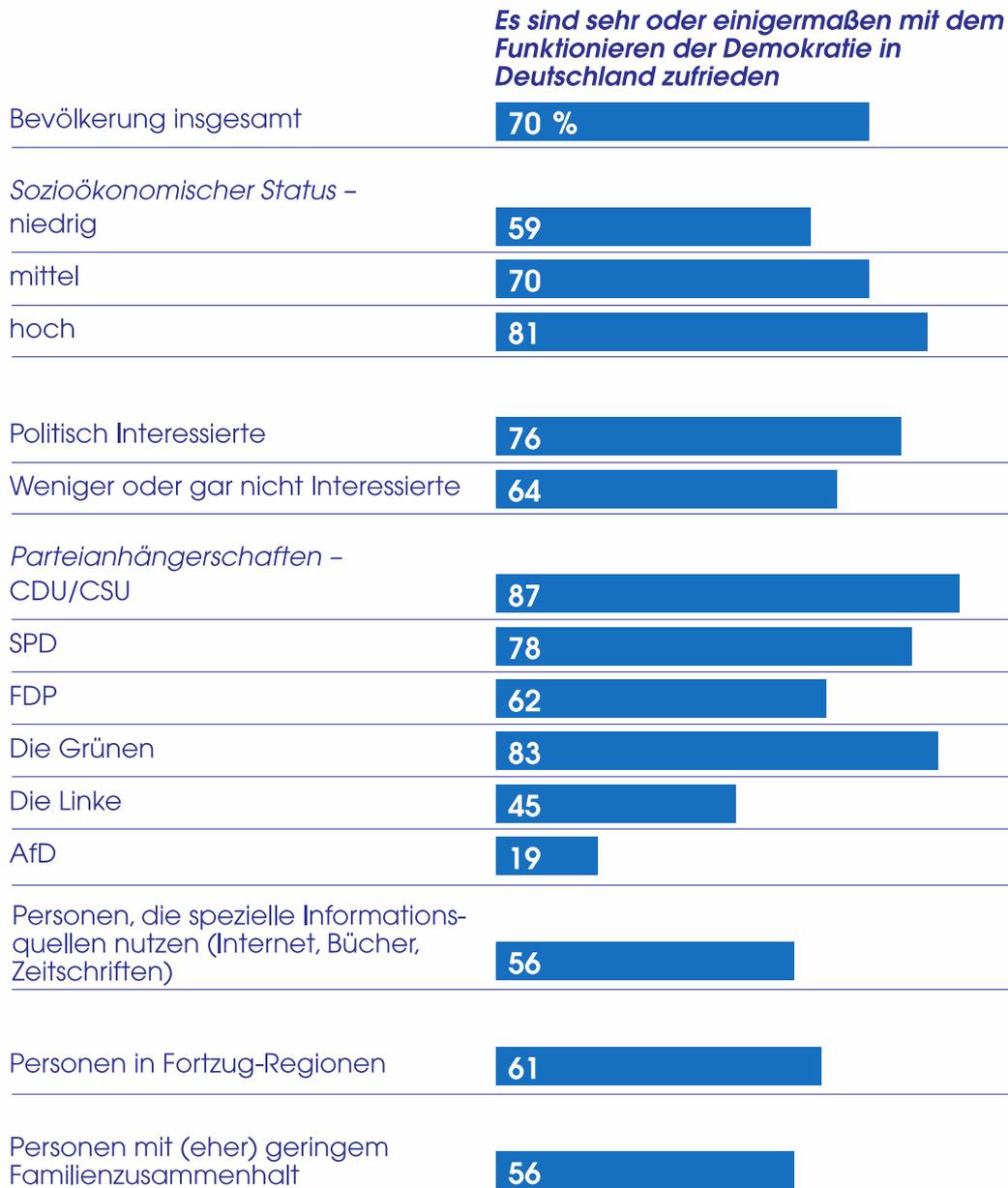
Unter den Strukturproblemen des Systems wird am häufigsten eine zu geringe Rücksichtnahme auf Anliegen und Bedürfnisse der Bevölkerung genannt (17 Prozent). Dieser pauschale Vorwurf, der mit eher geringem Vertrauen zu politischen Institutionen und Mandatsträgern einhergeht (vgl. Schaubilder 13 bis 15), verbindet sich bei etwas mehr als der Hälfte der Unzufriedenen mit dem Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten (vgl. Schaubilder 28 und 29). Von den verschiedenen Einwänden gegen das Funktionieren des demokratischen Systems richten sich allgemeine Vorwürfe gegen die Langsamkeit von Entscheidungsprozessen (8 Prozent) und die als Streit wahrgenommenen politischen Auseinandersetzungen bei Entscheidungen (5 Prozent). Zugleich gibt es aber auch viel Unzufriedenheit wegen konkreter politischer Entscheidungen (17 Prozent), bei denen die Flüchtlingspolitik sowie die Corona-Politik von Bund und Ländern zusammen mit zahlreichen anderen Anlässen zur Unzufriedenheit genannt werden.

Auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nehmen aber auch soziodemografische Verhältnisse sowie die politischen Haltungen der Bürgerinnen und Bürger Einfluss. Insbesondere Personen mit höherem sozialem Status sind häufiger zufrieden (81 Prozent) als solche mit einfachem Status (59 Prozent). Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen grundsätzlichen, sondern eher um einen graduellen Unterschied; auch jene mit einfachem Status sind ja mit großer Mehrheit noch zufrieden. Unterdurchschnittlich, aber immer noch beträchtlich ist die Zufriedenheit bei den politisch weniger Interessierten (64 Prozent),

den Bewohnern von Fortzug-Regionen (61 Prozent) oder auch den Nutzerinnen und Nutzern von speziellen politischen Informationen (56 Prozent).

Weitaus seltener finden sich die Zufriedenen dagegen in den Anhängerschaften zweier politischer Parteien: Von den Anhängerinnen und Anhängern der Linken sind lediglich 45 Prozent mit dem Funktionieren des politischen Systems in Deutschland zumindest einigermaßen zufrieden und 50 Prozent unzufrieden. In der Anhängerschaft der AfD machen die Zufriedenen sogar nur 19 Prozent aus; 67 Prozent sind unzufrieden, 14 Prozent machen keine konkrete Angabe. Damit bleibt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des Systems bei den Anhängern der AfD noch einmal deutlich hinter dem grundsätzlichen Einverständnis mit der deutschen Demokratie zurück, die 39 Prozent von ihnen als vergleichsweise beste Staatsform betrachten (Differenz von 20 Prozentpunkten).

Enger Zusammenhang von Parteipräferenz und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 9: Enger Zusammenhang von Parteipräferenz und Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

Ein vertieftes Verständnis der Zufriedenheit ergibt sich aus konkreten Aussagen zu Staat und Gesellschaft in Deutschland. Rund drei Viertel der Bevölkerung finden, man könne alles in allem froh sein, in Deutschland zu leben (77 Prozent). Diese Zufriedenheit, auch im Vergleich mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in anderen Ländern, wird jedoch nur bei einem Teil der Bevölkerung durch explizite Zufriedenheit mit Politik und Behörden getragen: Lediglich 42 Prozent haben den Eindruck, in Deutschland könne man sich im Großen und Ganzen auf Politik und Behörden verlassen (47 Prozent in Westdeutschland, 22 Prozent in Ostdeutschland). Eher trägt die Zufriedenheit mit der sozialen Einbindung im eigenen Umfeld (60 Prozent) oder dem Leben "vor Ort" (55 Prozent) zur grundsätzlichen Zufriedenheit bei (vgl. Schaubild 11).

Unter den verbreiteten Motiven für Unzufriedenheit mit dem politischen System rangiert auch bei dieser Abfrage die pauschale Unterstellung, die Politiker kümmerten sich nicht um Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung (52 Prozent), an erster Stelle. Häufig wird angenommen, Politiker verfolgten vor allem persönliche Interessen oder die Interessen ihrer Parteien.¹⁰

Dahinter steht bei vielen die Erwartung, Mandatsträger im Bundestag oder den Länderparlamenten müssten sich so verhalten, als hätten sie ein imperatives Mandat, müssten sich also als bloße "Umsetzer" eines imaginären Volkswillens in praktische Politik betätigen. Bei einer vorangegangenen Befragung schlossen sich dementsprechend 56 Prozent der Bevölkerung dem Standpunkt an: "Ich erwarte von einem Politiker, dass er sich so entscheidet, wie die Mehrheit des Volkes entscheiden würde."¹¹ Angesichts einer solchen Erwartungshaltung liegt Enttäuschung nahe, wenn politische Entscheidungen einer wie immer wahrgenommenen Mehrheitsmeinung nicht unmittelbar entsprechen.

Die zugehörige grundlegende populistische Argumentation, die Politiker folgten an Stelle des "Volkswillens" den Anweisungen von "mächtigen Kräften im Hintergrund", findet bei 29 Prozent Resonanz, in Westdeutschland bei 28 Prozent und in Ostdeutschland bei 37 Prozent. Aber auch unabhängig davon sind eher negative Vorstellungen von politischen Mandatsträgern verbreitet.¹²

Weitere Motive für Unzufriedenheit sind Sache jeweils nennenswerter Minderheiten: 36 Prozent haben zunehmend den Eindruck, die Politik wolle ihnen vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben. 21 Prozent beklagen eine zu starke Einschränkung der Freiheit in Deutschland. Hinter diesen Aussagen versammeln sich zum einen politisch weniger Interessierte, die

¹⁰ So zuletzt Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11071 (2017).

¹¹ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11074 (2017).

¹² Näheres zu solchen Haltungen im Kapitel "(Un)Empfänglichkeit für populistische Argumentationen".

sich derzeit etwa durch die Corona-Politik der Bundesregierung gegängelt fühlen. Aber auch besser informierte Liberale stimmen den Aussagen überdurchschnittlich häufig zu.¹³

Etwa ein Drittel der Bevölkerung gibt an, die Politik zu ignorieren und sich lediglich auf die eigenen Belange und das eigene Umfeld zu konzentrieren. Diese Haltung vertreten immerhin 47 Prozent der 16- bis 29-Jährigen, wobei die unter 30-Jährigen solche Haltungen noch deutlich häufiger zu Protokoll geben als die etwas Älteren. Die zunächst noch weniger verbreitete politische Orientierung in der nachwachsenden Generation wird auch durch die Angaben zum politischen Interesse bestärkt, das im Bevölkerungsdurchschnitt 50 Prozent bekunden, von den 16- bis 29-Jährigen aber nur 36 Prozent (vgl. Schaubild 24).

¹³ Näheres dazu im Zusammenhang im Kapitel "Wahrgenommenen Responsivität der Politik und des politischen Systems".

Politik und Gesellschaft in Deutschland – grundsätzlich überwiegt Zufriedenheit, zugleich aber auch viel Kritik an der Politik

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
Alles in allem können wir froh sein, in Deutschland zu leben	77 %	81	59
Ich lebe in einem intakten Umfeld, man achtet aufeinander und hilft sich	60	62	49
Ich bin alles in allem mit meinem Leben hier sehr zufrieden	55	59	35
Im Großen und Ganzen kann man sich in Deutschland auf Politik und Behörden verlassen	42	47	22
Zuwanderer werden in Deutschland gut aufgenommen	32	35	20
Wenn man sich hier am Ort politisch engagiert, kann man auch etwas erreichen	22	24	13
Die Politiker kümmern sich nicht um die Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung	52	50	61
Ich habe immer mehr das Gefühl, dass die Politik mir vorschreiben möchte, wie ich mein Leben zu führen habe	36	33	47
Mit Politik habe ich nicht viel am Hut, ich konzentriere mich eher auf mich und mein Umfeld	34	35	29
Die Politiker entscheiden in Wahrheit gar nichts. Sie sind Marionetten von mächtigen Kräften im Hintergrund	29	28	37
Die Freiheit der Menschen in Deutschland wird viel zu sehr eingeschränkt	21	20	27
Für Leute wie mich macht der Staat zu wenig	20	20	23

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 10: Politik und Gesellschaft in Dt. – Zufriedenheit überwiegt

Ein solches Desinteresse für die Politik samt Rückzug auf das eigene Umfeld darf man sich aber nur bei einer Minderheit als idyllisch vorstellen. Jene, die sich vor der Politik verschließen, sind deshalb nicht auch schon mit dem eigenen Leben zufriedener als andere. Eher im Gegenteil hängt die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben vor Ort mit einer überdurchschnittlich hohen politischen Zufriedenheit zusammen. Die Hälfte der Bevölkerung, die sich mit ihrem "Leben hier" sehr zufrieden erklärt, ist zu annähernd 90 Prozent zugleich mit dem Funktionieren des politischen Systems zufrieden, während die andere Hälfte mit geringerer ortsbezogener Lebenszufriedenheit sich mit dem Funktionieren des politischen Systems nur zu 47 Prozent zufrieden erklärt.

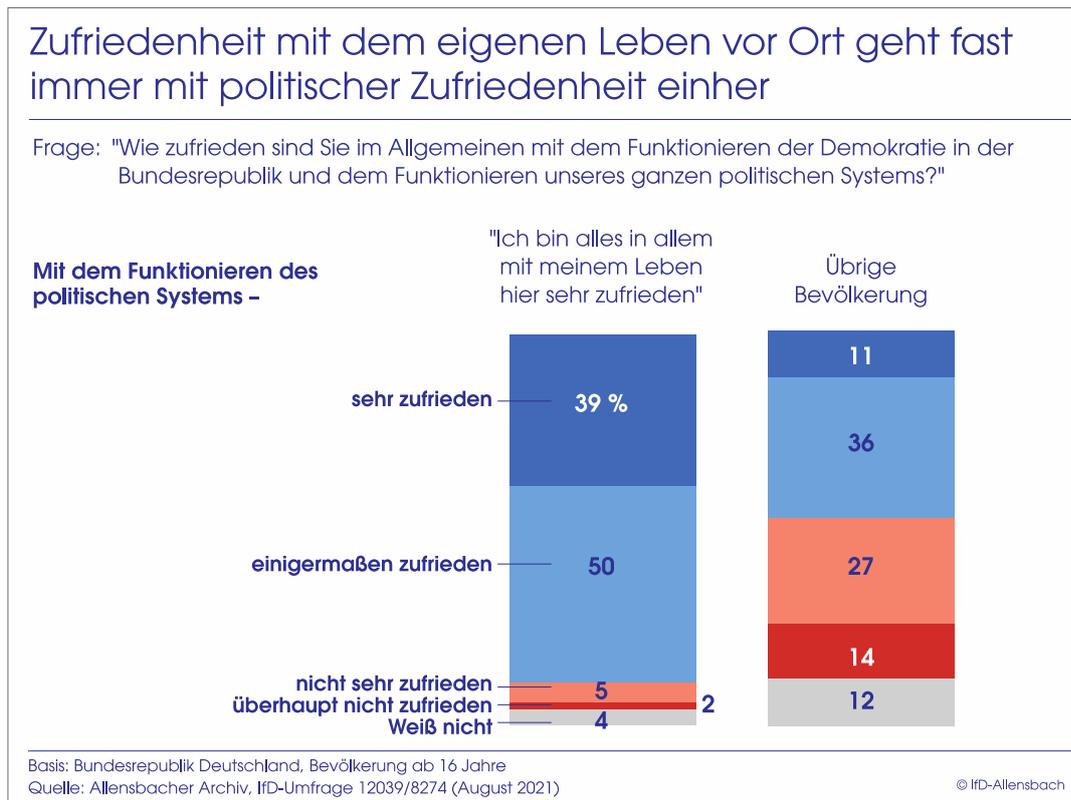


Schaubild 11: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben vor Ort geht fast immer mit politischer Zufriedenheit einher

Auch vor diesem Hintergrund ist die Berücksichtigung regionaler Aspekte zur Ermittlung der „Demokratischen Integration“ sinnvoll. So wie Zufriedenheit mit dem örtlichen Lebensumfeld meist mit politischer Zufriedenheit einhergeht, hängen Probleme und Fehlentwicklungen im Umfeld häufig mit einem geringeren Zutrauen zum Funktionieren des politischen Systems zusammen. Dabei wirken sich die wahrgenommenen Lebensumstände oft stärker auf die Haltungen der Bevölkerung aus als die faktischen Umstände, die sich durch die Heranziehung statistischer Daten ermitteln lassen.

Vor allem die kleinen Gruppen, die im eigenen Lebensumfeld eine hohe Kriminalität, eine Verschlechterung der Lebensumstände und "zu viele" Ausländer registrieren, erklären sich signi-

fikant seltener mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden als die Bevölkerung insgesamt. Nicht ganz so stark prägt sich dieser Zusammenhang bei jenen aus, die als Probleme ihrer Wohnregion hohe Lebenshaltungskosten, einen Ärztemangel am Wohnort, den Fortzug von Jüngeren und zu wenig Arbeitsplätze vor Augen haben.

Wohnumfeld: Wahrnehmungen, die mit der Unzufriedenheit über das Funktionieren der Demokratie zusammenhängen				
Diese Probleme gibt es in der Region, in der ich lebe – – Auszug aus den Angaben –	Bevölkerung			Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie* –
	insgesamt	West	Ost	
	%	%	%	
Die Lebenshaltungskosten sind sehr hoch	32	34	25	- 10
Es gibt zu wenig Ärzte	30	26	49	- 9
Viele Jüngere bleiben nicht in der Region, sondern ziehen weg	25	20	46	- 11
Es leben zu viele Ausländer hier	24	24	23	- 31
Es gibt zu wenig Arbeitsplätze	23	21	36	- 10
Die Lebensverhältnisse hier haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert	17	17	15	- 24
Die Kriminalität ist hoch	14	13	17	- 24

*) Indexwerte: Verhältnis zum durchschnittlichen Zufriedenheitswert

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021) © IfD-Allensbach

Schaubild 12: Wohnumfeld: Wahrnehmungen, die mit der Unzufriedenheit über das Funktionieren der Demokratie zusammenhängen

Da diese Probleme jedoch weitaus häufiger konstatiert werden als die zuerst genannten, in Ostdeutschland von annähernd 50 Prozent der Bevölkerung (vor allem Ärztemangel und Fortzug von Jüngeren), tragen sie zu Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems eher noch mehr bei als die Belastungen durch Kriminalität oder Verschlechterung der Lebensverhältnisse.

2.3.3 Vertrauen zu Amtsträgern und Institutionen

Die bereits beobachteten Vorbehalte gegenüber dem Verhalten "der Politiker" sind nur ein Aspekt genereller Vorbehalte gegenüber politischen Mandatsträgern. Allgemeine Beurteilungen zeichnen häufig ein negatives Bild. Dabei wird auch die Kompetenz der Männer und Frauen, die politische Ämter übernehmen, in Zweifel gezogen. So nehmen lediglich 24 Prozent der Bevölkerung an, man benötige große Fähigkeiten, um ein Mandat im Bundestag zu errin-

gen. 60 Prozent glauben das nicht, 16 Prozent erklären sich unentschieden. Dieses überwiegend kritische Meinungsbild findet sich mit nur graduellen Unterschieden in allen Teilgruppen der Bevölkerung. Sogar Anhänger der Regierungsparteien, die andere Aspekte der Demokratie in Deutschland überwiegend positiv sehen, äußern sich an dieser Stelle mehrheitlich negativ.

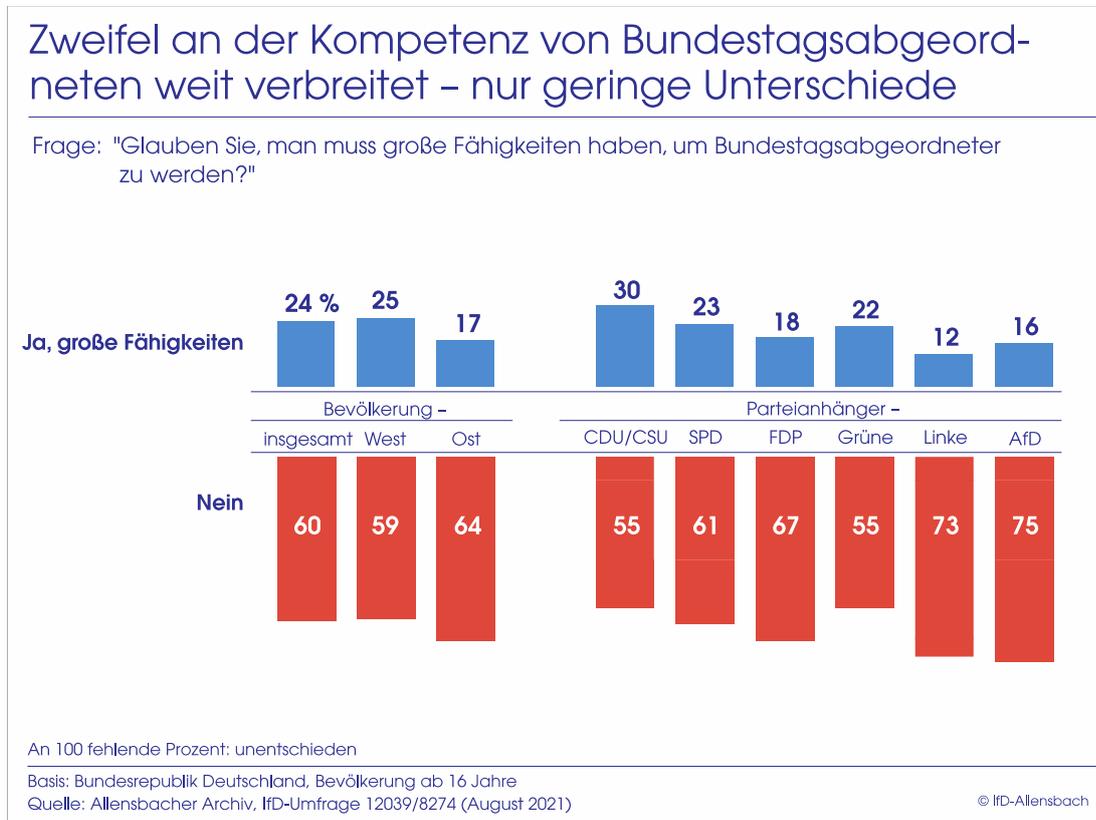
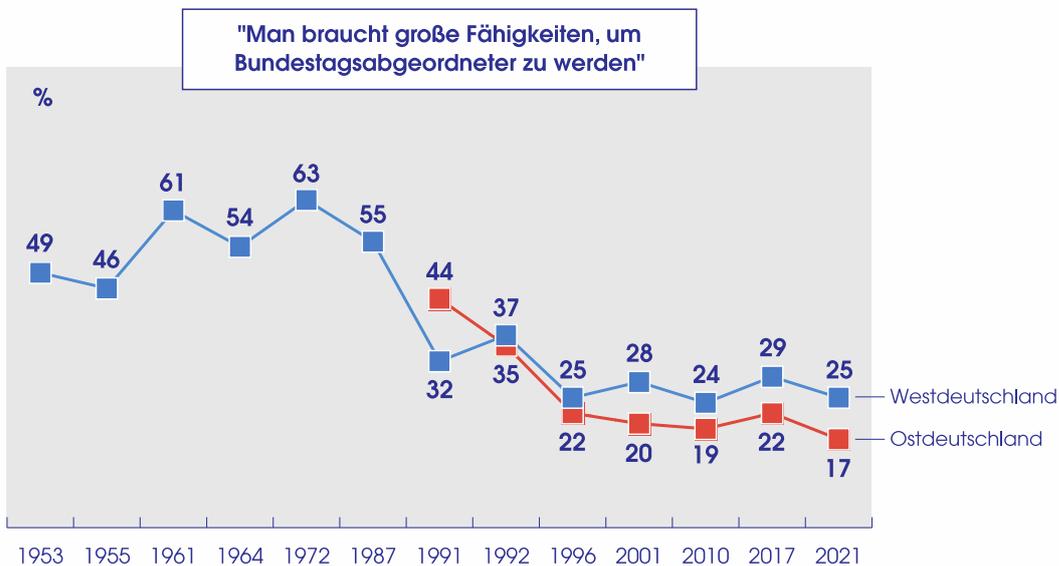


Schaubild 13: Zweifel an der Kompetenz von Bundestagsabgeordneten

Dabei sind entsprechende Vorbehalte nicht erst im letzten Jahrzehnt entstanden. Der Verfall des Ansehens der Abgeordneten vollzog sich vor allem im Jahrzehnt zwischen 1987 und 1996, im Wesentlichen im Anschluss an die Wiedervereinigung. In Ostdeutschland waren unmittelbar nach der Wiedervereinigung noch 44 Prozent von der Kompetenz der Bundestagsabgeordneten überzeugt, 1996 nur noch 22 Prozent.

Verfall des Ansehens von Abgeordneten



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12039

© IfD-Allensbach

Schaubild 14: Verfall des Ansehens von Abgeordneten

Eher gering ist auch das Vertrauen der Bevölkerung zu den politischen Parteien, denen unsere Verfassung eine wichtige Rolle bei der politischen Willensbildung zuweist. Lediglich 22 Prozent geben an, den Parteien großes oder sehr großes Vertrauen zu schenken. 62 Prozent haben wenig Vertrauen, 16 Prozent überhaupt kein Vertrauen. In West- wie Ostdeutschland stehen die Parteien damit ganz unten auf der Rangliste des Institutionenvertrauens, noch deutlich unter den Medien, deren Berichterstattung und Kommentierung bei kontroversen Themen häufig Unzufriedenheit hervorruft.

Das Vertrauen wächst dann gewissermaßen mit der Entfernung vom Bereich der Parteipolitik, in dem zusammen mit idealistischen Überzeugungen auch Interessen von Gruppen und einzelnen eine wichtige Rolle spielen. Zum Bundestag, zur Bundesregierung und zur Regierung des jeweiligen Bundeslandes haben dann bereits rund 50 Prozent der Bevölkerung sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen. Annähernd 60 Prozent vertrauen den Ämtern und Behörden vor Ort. Schließlich äußern zwei Drittel bis zu drei Viertel der Bevölkerung Vertrauen zu Gerichten, Gesetzen und zur Polizei. Die kodifizierten Gesetze und die Rechtsprechung genießen also ungleich mehr Vertrauen als die Parteien und die Angehörigen der gesetzgebenden Körperschaften.¹⁴

¹⁴ 2019 gaben nur 19 Prozent der deutschen Bevölkerung an, zu "Politikern, Abgeordneten" sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen zu haben. 55 Prozent hatten wenig Vertrauen, 26 Prozent überhaupt kein Vertrauen. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12000.

Institutionenvertrauen: mehr Vertrauen zum Rechtsbereich und zur Verwaltung als zum politischen Bereich

Es haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen –

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
zur Polizei	76 %	79	66
zu den Gesetzen	73	77	56
zu den Gerichten	67	72	49
zu den Ämtern, Behörden vor Ort	58	60	50
zur Landesregierung des Bundeslands	52	54	41
zur Bundesregierung	48	50	37
zum Bundestag	46	49	33
zu den Medien, also Fernsehen, Radio, Zeitungen etc.	39	41	30
zu den Parteien	22	24	12

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 15: Institutionenvertrauen

Im Hinblick auf die Parteien gibt es nur geringe Vertrauensunterschiede zwischen den unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft. In den allermeisten Teilgruppen dominieren die Angaben "dazu habe ich wenig bzw. überhaupt kein Vertrauen". Gegenüber den Institutionen Bundestag und Bundesregierung ist das Vertrauen der Bevölkerung nicht nur signifikant größer, es ergeben sich auch wieder nennenswerte Einstellungsunterschiede zwischen den sozialen Gruppen. Dabei stellen sich die schon bekannten Grundmuster ein, die im Folgenden am Beispiel der Haltungen zum Bundestag dargestellt werden (Schaubild 16): Angehörige der gehobenen sozialen Schichten vertrauen diesen Institutionen weitaus häufiger als Angehörige der einfachen Schicht. Auch das Zutrauen von politisch nicht oder weniger Interessierten, von Personen, die spezielle Informationsangebote nutzen, von Personen in Fortzug-Regionen und nicht zuletzt von Personen mit eher geringem Familienzusammenhalt bleibt signifikant hinter dem Vertrauen des Bevölkerungsdurchschnitts zurück.

In der Anhängerschaft der Bundestagsparteien haben jene, die sich zu den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD bekennen, mehrheitlich sehr viel bzw. ziemlich viel Vertrauen zum Bundestag (62 bzw. 51 Prozent). Ähnlich hoch ist die Vertrauensquote unter den Anhängern der Grünen. Von den Anhängern der übrigen Oppositionsparteien bringen nur Minderheiten hohes Vertrauen zum Bundestag auf; 25 Prozent der FDP-Anhänger und 32 Prozent der Linken-Anhänger. Eine Sonderstellung nehmen auch bei dieser Dimension der „Demokratischen Integration“ die AfD-nahen Bürgerinnen und Bürger ein: Von ihnen sprechen lediglich 7 Prozent dem

Bundestag ziemlich viel oder sehr viel Vertrauen aus, 54 Prozent haben nur wenig Vertrauen, 39 Prozent überhaupt kein Vertrauen.

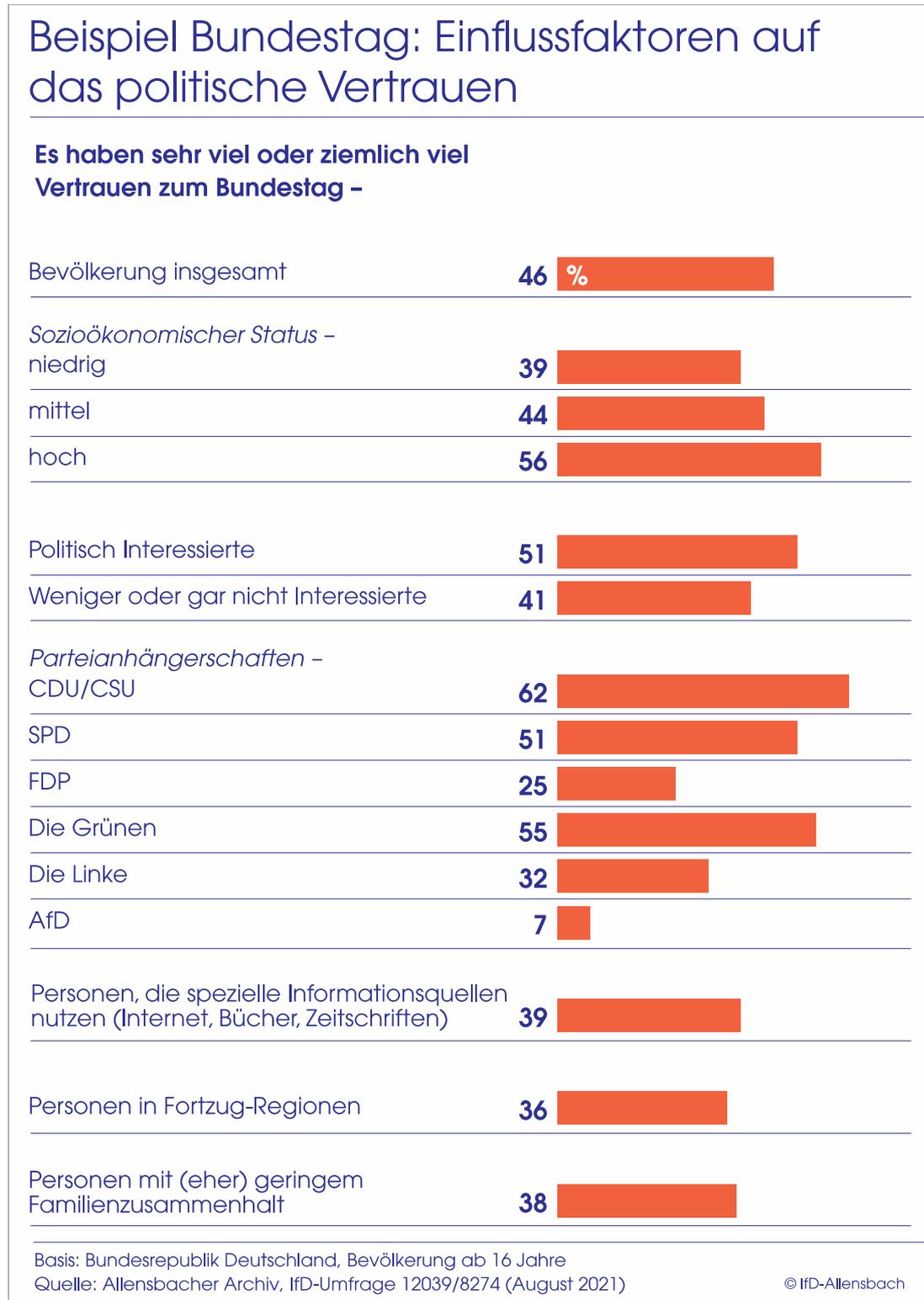


Schaubild 16: Beispiel Bundestag: Einflussfaktoren auf das politische Vertrauen

Im Zeitverlauf unterliegt das Institutionenvertrauen einigen Veränderungen, die zwar ebenso stark ausfallen wie der bereits dargestellte Ansehensverlust von Abgeordneten (vgl. Schaubild 14), aber eher Schwankungen als klare Entwicklungen sind. Dabei verändern sich die niedrigen Vertrauenswerte für die politischen Parteien und die hohen Vertrauenswerte für Polizei, Gerichte und Gesetze vergleichsweise wenig. Beträchtlich sind die Einstellungsschwankungen aber insbesondere im Hinblick auf die Haltungen zur Bundesregierung. Hier verändert sich das Vertrauen sichtlich mit den Haltungen der Bevölkerung gegenüber der jeweiligen Regierungspolitik. Als Beispiel dafür werden hier die Entwicklungen des Vertrauens zu Gesetzen und zur Bundesregierung miteinander verglichen (Schaubild 17).

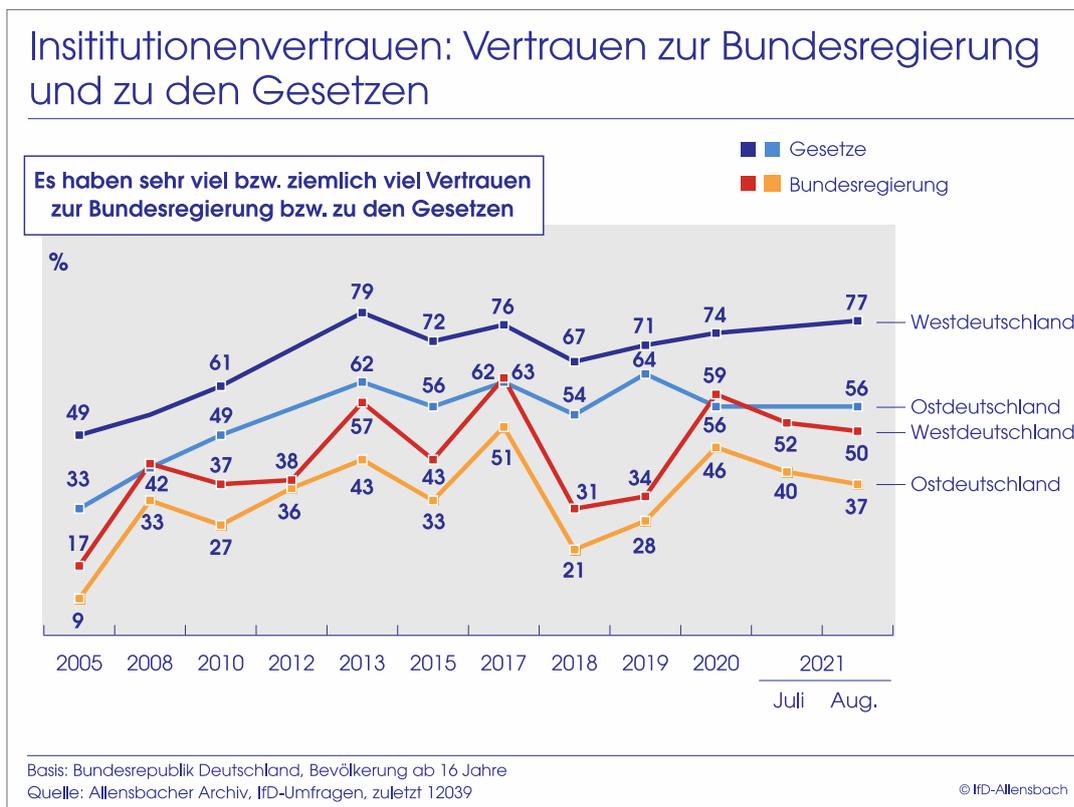


Schaubild 17: Institutionenvertrauen: Bundesregierung und Gesetze

Unmittelbar wird erkennbar, dass die verbreitete Vorstellung eines fortschreitenden Vertrauensverfalls falsch ist. Der Vertrauentiefpunkt des Jahres 2005, als zu Beginn des Wahljahres das extrem verringerte Vertrauen zur Bundesregierung auch mit einer Krise des Vertrauens zu den Gesetzen einherging, wurde seitdem stets überschritten. Besonders groß war das Vertrauen in die Bundesregierung wie auch zu den Gesetzen dann in den Wahljahren 2013 und 2017. Ein weiterer Gipfelpunkt des Vertrauens zur Bundesregierung wurde nach einem längeren Vertrauentief im Jahr 2020 erreicht, als die Maßnahmen gegen die ersten Wellen der Corona-Krise die Wahrnehmung bestimmten. Allerdings verringerte sich dieses Zutrauen zur Bundesregierung im Wahljahr 2021 dann wieder stetig. Erkennbar ist jeweils das Überwiegen des Vertrauens zu den Gesetzen gegenüber dem Vertrauen zur Bundesregierung, das sich in Phasen politischer Unzufriedenheit deutlich vergrößerte. Erkennbar sind daneben auch die

höheren Vertrauensanteile der Westdeutschen gegenüber den Ostdeutschen. Diese Differenz ist seit 2019 wieder deutlich gewachsen.

2.3.4 Wahrgenommene Responsivität der Politik und des politischen Systems

Unter der Responsivität des politischen Systems wird die Berücksichtigung von Bedürfnissen, Wünschen und Forderungen der Bürgerinnen und Bürger durch das politische System und die politisch Verantwortlichen verstanden. Bei der hier untersuchten „Demokratischen Integration“ geht es nicht um die objektiven Dimensionen der Responsivität in Deutschland, sondern allein um die entsprechenden Wahrnehmungen der Bevölkerung, die den schwer zu quantifizierenden tatsächlichen Grad der Responsivität unter- wie überschätzen können.

In der Bevölkerung wird diese Dimension vornehmlich mit Blick auf die Bürgernähe der Politik und die Bürgerfreundlichkeit des politischen Systems diskutiert. Dabei wirken sich die schon beobachteten Vorbehalte aus, so dass auch die Bürgernähe der Politik sowie die Bürgerfreundlichkeit in Deutschland als eher gering gelten. Bei einer früheren Befragung bewerteten rund zwei Drittel die Politik in Deutschland als (eher) bürgerfern (Stufen 4 und 5 einer 5-stufigen Skala: 69 Prozent). Eine maximale Distanz der Politik zu den Bürgern nahmen hierbei allerdings nur 27 Prozent an (Stufe 5): Der Durchschnittswert der Bürgernähe zwischen Stufe 1 (sehr nah), und Stufe 5 (sehr fern) lag für diese Fragestellung in West- wie Ost bei 3,9.¹⁵

Durch die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Entwicklung des Internets erwartete in der Vergangenheit nur eine Minderheit von rund 15 Prozent ein besseres Verständnis der Politiker für die Bürger.¹⁶ Obwohl sich 2019 63 Prozent der Bevölkerung wünschten, "dass die Politik bürgernäher wird", mochte nicht einmal ein Zehntel der Bevölkerung an die Erfüllung dieses Wunsches glauben (7 Prozent).¹⁷

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse früherer Befragungen die Tendenz der Bürgerinnen und Bürger zu einer Unterscheidung: Die Politik kümmere sich mehr um die Bedürfnisse und Anliegen der Einflussreichen und Wohlhabenden als um die Bedürfnisse der großen Mehrheit. Dem entspricht der schon dargestellte Vorwurf von 52 Prozent, die Politiker kümmerten sich nicht um Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung. Insbesondere Angehörige der einfachen Schicht machen diese Angabe (65 Prozent).

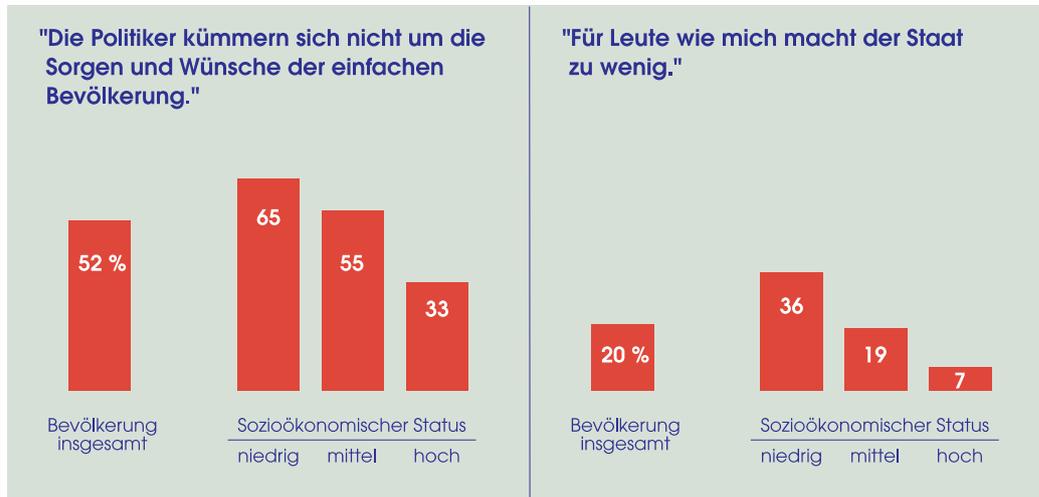
Das konkrete Urteil zeigt dann aber eher andere Dimensionen als der allgemeine Vorwurf: Wie schon dargestellt, beschwerten sich 20 Prozent der Bevölkerung über zu geringe Bemühungen des Staates um die eigene Person oder Bürgerinnen und Bürger in ähnlicher Lage. Von den Angehörigen der einfachen Schicht haben 36 Prozent den Eindruck, der Staat tue nicht genug für sie, von den Angehörigen der mittleren Schicht nur 19 Prozent.

¹⁵ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10090 (2012).

¹⁶ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11011 (2013).

¹⁷ Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11097 (2019).

Responsivität: eher allgemeine Vorwürfe geringer Rücksichtnahme – besonders aus der einfachen Schicht



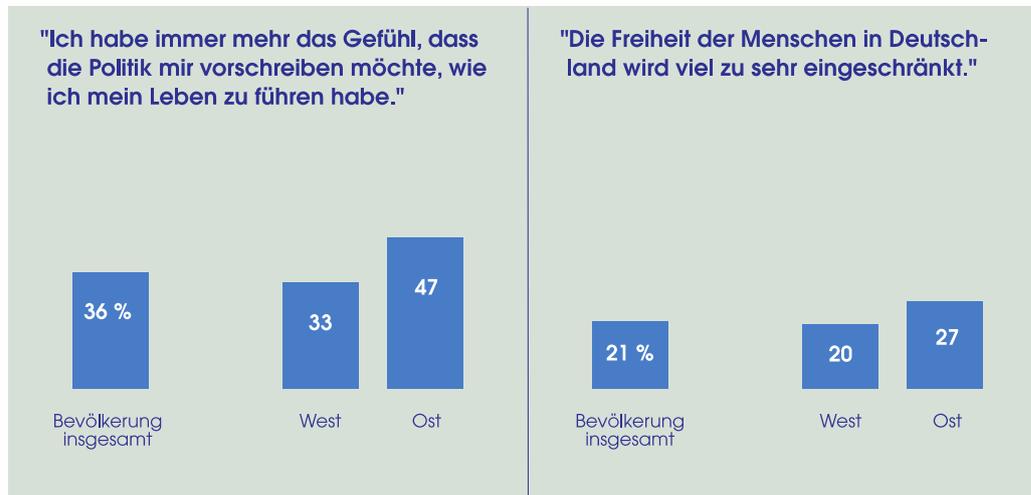
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 18: Responsivität

Ein Teil der Bevölkerung nimmt das Gegenteil von Responsivität wahr, nämlich eine Zunahme von Vorgaben der Politik für die Gestaltung des eigenen Lebens. Wie schon erwähnt, erklären 36 Prozent der Gesamtbevölkerung, ein Drittel der Westdeutschen und fast die Hälfte der Ostdeutschen (33 bzw. 47 Prozent): "Ich habe immer mehr das Gefühl, dass die Politik mir vorschreiben möchte, wie ich mein Leben zu führen habe." Zum Teil geht dies mit der Wahrnehmung einher, die Freiheit der Menschen in Deutschland werde zu sehr eingeschränkt, die eine Minderheit von 21 Prozent der Bevölkerung zu Protokoll gibt.

Ein Teil der Bevölkerung nimmt vor allem Gängelung, aber auch mehr Freiheitseinschränkungen wahr – besonders in Ostdeutschland



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

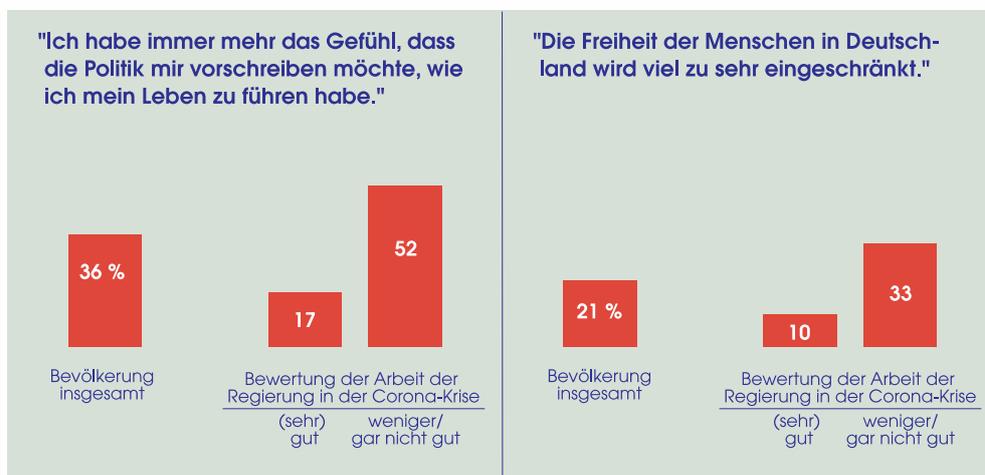
© IfD-Allensbach

Schaubild 19: Wahrnehmung von Gängelung und mehr Freiheitseinschränkung

Beide Vorwürfe werden eher von Männern als von Frauen vorgebracht, eher von Personen mit einfachem als von Personen mit höherem Status, und am häufigsten von Personen im mittleren Alter. Besonders empfindlich auf wahrgenommene Gängelungen reagieren die Anhänger der AfD, von denen 78 Prozent über eine Bevormundung durch die Politik und 57 Prozent über zu weitgehende Einschränkungen der Freiheit klagen. Aber auch die Anhängerschaften von FDP und Linken äußern sich an dieser Stelle überdurchschnittlich kritisch. Dabei sind solche Vorwürfe weniger Sache der politisch Interessierten und gut Informierten als vielmehr der politisch eher weniger Beteiligten. Häufig finden sich die Vorwürfe allerdings auch in der kleineren Gruppe von besonders Interessierten, die ihre Informationen aus speziellen Angeboten jenseits der eigentlichen Massenmedien beziehen. Anlässe für eine derartige Unzufriedenheit finden sich etwa in Sprachregelungen sowie im wahrgenommenen Druck durch Political Correctness.¹⁸ Eine bedeutsame Rolle spielen derzeit aber auch die Regelungen der Corona-Politik. Personen, die mit der Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise nicht zufrieden sind, machen jeweils fast drei Viertel jener aus, die sich über unangebrachte Vorschriften der Politik für das eigene Leben wie auch über Einschränkungen der Freiheit in Deutschland beschweren.

¹⁸ Aktuelle Beispiele bei Thomas Petersen: Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.Juni 2021, S.8.

Enger Zusammenhang der Haltungen zu den Corona-Maßnahmen mit den Empfindungen von Gängelung und Freiheitseinschränkungen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

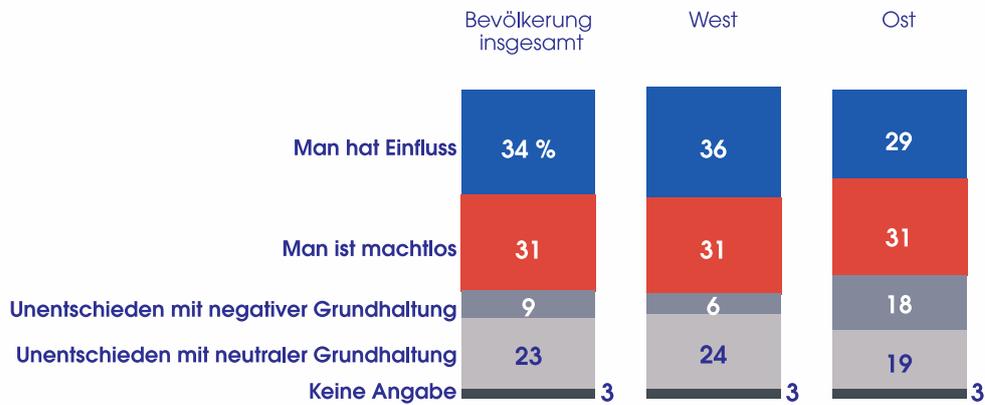
Schaubild 20: Zusammenhang der Haltungen zu den Corona-Maßnahmen mit den Empfindungen von Gängelung und Freiheitseinschränkung

2.3.5 Wahrgenommene Selbstwirksamkeit

Obwohl sich ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung gesellschaftlich engagiert, ist nur etwa ein Drittel davon überzeugt, als Bürger Einfluss auf die Entwicklungen am Ort nehmen zu können. 31 Prozent sehen keine Möglichkeiten dazu, 32 Prozent erklären sich unentschieden, darunter 9 Prozent mit eher negativer Grundeinstellung im Hinblick auf das demokratische System in Deutschland.

Selbstwirksamkeit: Nur etwa ein Drittel der Bevölkerung sieht die Einflussmöglichkeiten der Bürger

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Hat man als Bürger Einfluss auf das, was hier am Ort geschieht, oder ist man da machtlos?"



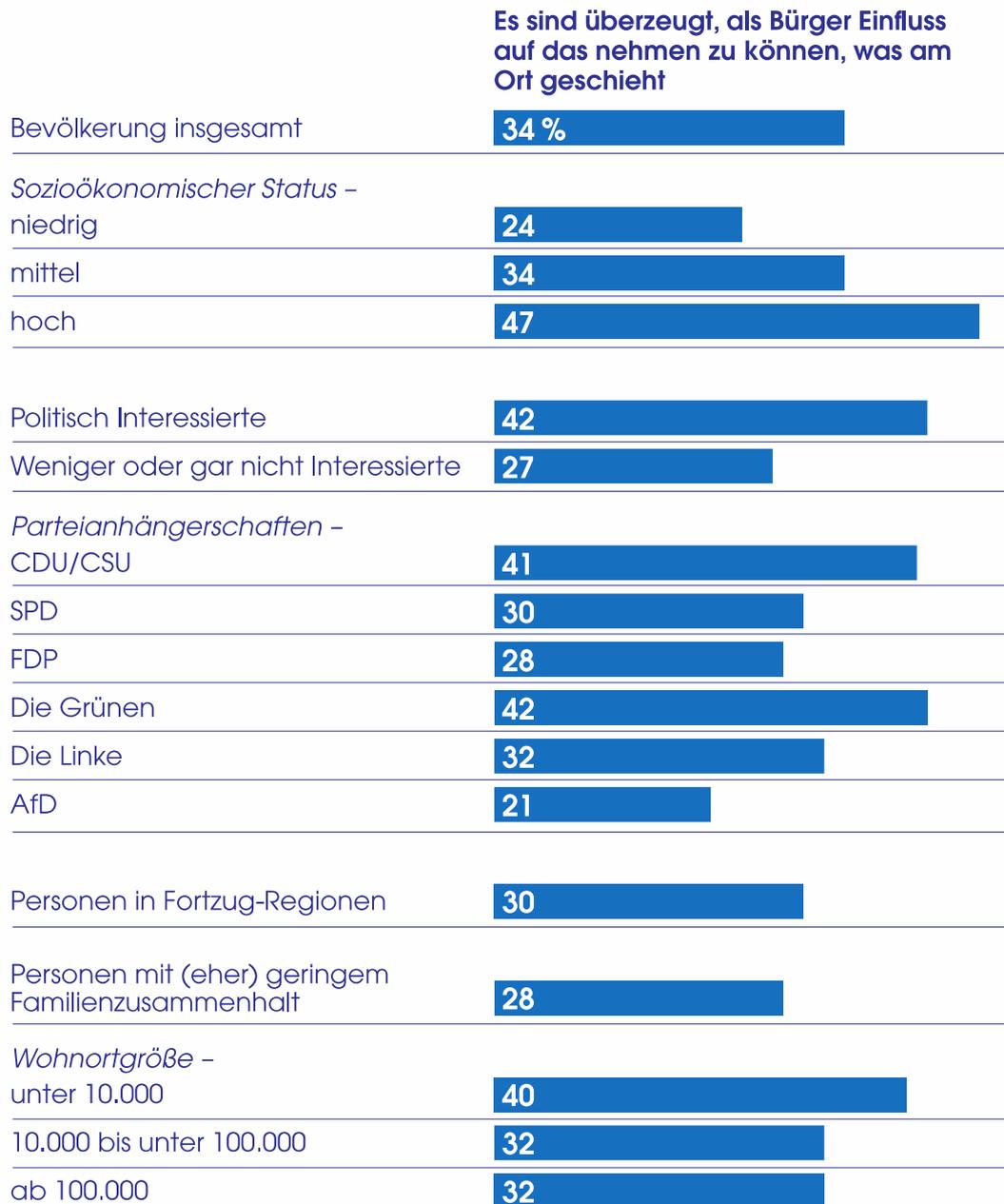
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 21: Selbstwirksamkeit: Nur ein Drittel sieht Einflussmöglichkeiten

Hierbei haben Angehörige der gehobenen Schichten etwa doppelt so oft die Vorstellung, man könne als Bürger Einfluss nehmen, wie Angehörige der einfachen Schicht. Dahinter stehen unterschiedliche Ressourcen im Hinblick auf Zeit, Bildung und Ansehen, die sich auf die Freiräume zur Beteiligung selbstverständlich auswirken.

Selbstwirksamkeit: Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Abbildung 22: Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung der Selbstwirksamkeit

Jenseits der Einflussmöglichkeiten des Einzelnen, die bei dieser Fragestellung vielen vor Augen stehen, werden aber für mehr oder weniger organisierte Gruppen durchaus Möglichkeiten zur Einwirkung gesehen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die „Demokratische Integration“ durch die Teilnahme an Wahlen, insbesondere an Wahlen zum Bundestag. Hier zeigen die im

internationalen Vergleich hohen Beteiligungsquoten eine beträchtliche Partizipation der Bevölkerung an den Angelegenheiten des Gemeinwesens.¹⁹

Zusammen mit den Wahlen und etwaigen Sachabstimmungen stehen der Bevölkerung auch andere Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme vor Augen, die vom Brief oder von der E-Mail an einen Politiker über Unterschriftenaktionen bis hin zur Teilnahme an Demonstrationen oder Bürgerinitiativen und Interessengruppen reichen. Selbst wenn nur kleine Gruppen von diesen Beteiligungsmöglichkeiten (regelmäßig) Gebrauch machen, halten viele eine Beteiligung auf diese Art doch für möglich: Bei früheren Befragungen berichteten beispielsweise 13 Prozent, sie hätten sich (schon einmal) in Bürgerinitiativen engagiert und 6 Prozent gaben an, sie hätten schon einmal online Verbesserungsvorschläge bei der eigenen Stadt oder Gemeinde eingereicht. Darüber hinaus konnten sich aber 54 Prozent die Beteiligung an einer Bürgerinitiative und 46 Prozent die Einreichung von derartigen Vorschlägen für die eigene Person vorstellen.²⁰

Diese breite grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung widerspricht den von vielen angemeldeten Zweifeln an der Wirksamkeit des politischen Engagements (vgl. Schaubild 21). Auch die breite Beteiligung an Wahlen und die überwiegend positive Bewertung des Wählens (vgl. Schaubild 28) deuten auf einen inneren Widerspruch der Haltungen hin: Offenbar passt das eher skeptische Gesamturteil über die Einflussmöglichkeiten des einzelnen bei vielen nicht ganz zum praktizierten oder für möglich gehaltenen Engagement im demokratischen System.

2.3.6 Politische und gesellschaftliche Partizipation

Wichtige Dimensionen der „Demokratischen Integration“ sind politisches Interesse und politisches Wissen. Die Hälfte der Bevölkerung interessiert sich uneingeschränkt für Politik, weitere 42 Prozent interessieren sich zumindest ein wenig dafür. Desinteressiert sind lediglich 8 Prozent. Dabei unterscheiden sich die Verteilungen in West- und Ostdeutschland nur wenig.

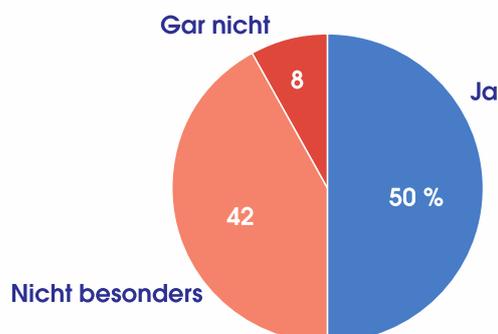
Diese Dimensionen des politischen Interesses haben sich in den zurückliegenden 40 Jahren kaum verändert. In den frühen Jahren der Bundesrepublik war das Interesse allerdings noch deutlich seltener und nahm dann parallel mit der Ausbreitung des Fernsehens in den 1960er Jahren zu, als sich auch gewichtige Einstellungsveränderungen vollzogen.

¹⁹ Das Wahlverhalten wird im folgenden Kapitel "Politische und gesellschaftliche Partizipation" behandelt.

²⁰ Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11006 (2013) und 11036 (2015).

Etwa die Hälfte der Bevölkerung interessiert sich uneingeschränkt für Politik – Ausbreitung mit dem Aufkommen des Fernsehens in den 60er Jahren

Frage: "Einmal ganz allgemein gesprochen:
Interessieren Sie sich für Politik?"



Es interessieren sich uneingeschränkt für Politik

	West %	Ost %
1952	27	
1960	29	
1971	43	
1980	48	
1990	52	56
2000	47	41
2010	48	42
2020	50	48
2021	51	47

Angaben bis 2020: Jahresdurchschnittswerte

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 23: Uneingeschränktes Interesse für Politik bei ca. der Hälfte der Bevölkerung und Zeitverlauf

Erheblichen Einfluss auf das politische Interesse nehmen Geschlecht, Alter und sozialer Status: Noch immer interessieren sich Männer häufiger für Politik als Frauen, wenngleich die Differenz (59 ggü. 43 Prozent: 16 Prozentpunkte) sich gegenüber der ersten Ermittlung im Jahr 1952 erheblich verringert hat (46 ggü. 11 Prozent: 35 Prozentpunkte).²¹ Deutlich unterdurchschnittlich ist das politische Interesse zudem bei den unter 30-Jährigen. Frühere Ergebnisse zeigen allerdings für die heute 30- bis 44-Jährigen, von denen sich derzeit 48 Prozent für Politik interessieren, vor 15 Jahren noch eine ganz ähnliche Verteilung wie für die heutigen Jüngeren: 2006 interessierten sich von ihnen erst 35 Prozent uneingeschränkt für Politik.²² Von daher kann man auch für die heute Jüngeren die gleiche Zunahme des Interesses erwarten wie für die vorangegangene Alterskohorte. Bedeutsam ist eher die deutliche Schichtabhängigkeit des politischen Interesses.

²¹ Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955. Allensbach: Verlag für Demoskopie, 1956. S.51.

²² Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7070 (2006).

Determinanten des politischen Interesses: Geschlecht, Alter, sozialer Status

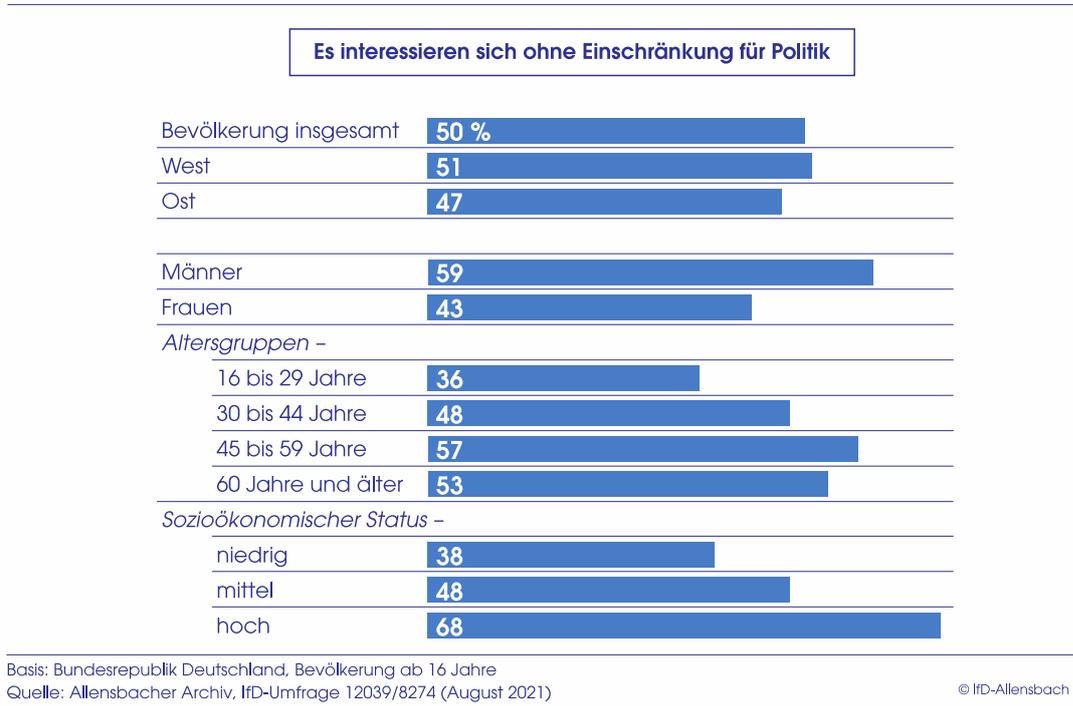


Schaubild 24: Determinanten des politischen Interesses

In engem Zusammenhang mit dem politischen Interesse steht die politische Information. Dazu nutzen die meisten Bürgerinnen und Bürger gleich mehrere Quellen, vor allem das öffentlich-rechtliche Fernsehen (78 Prozent) und das Radio (61 Prozent). Über das Privatfernsehen informieren sich 41 Prozent über Politik, fast alle begleitend zur Information über das öffentlich-rechtliche Fernsehen (36 von 41 Prozent). Trotz des Rückgangs der Zeitungsreichweiten informieren sich noch immer 53 Prozent aus Lokalzeitungen und 19 Prozent aus überregionalen Tageszeitungen. Politische Informationen aus dem Internet beziehen mittlerweile insgesamt 50 Prozent. Etwa gleich häufig werden dazu im Einzelnen die Onlineangebote von Print- oder Funkmedien (24 Prozent), Twitter und soziale Netzwerke wie Facebook (23 Prozent) oder auch andere Internetangebote (26 Prozent) genutzt. Ein Nischenangebot sind dagegen die speziellen Informationsangebote mit alternativen Meinungen oder Informationen, von denen insgesamt 10 Prozent der Bevölkerung Gebrauch machen.

Viele Quellen der politischen Information – Personen mit geringem politischen Vertrauen nutzen seltener Zeitungen und öffentlich-rechtliches Fernsehen

	Bevölkerung insgesamt	Politisches Vertrauen*		
		groß	durch- schnittlich	(eher) gering
	%	%	%	%
Öffentlich-rechtliches Fernsehen	78	83	85	71
Radio	61	60	63	60
Lokalzeitungen (Druckausgabe)	53	61	58	47
Privatfernsehen	41	39	37	44
Onlineangebote von Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehsendern	24	30	24	22
Andere Internetangebote	26	23	23	30
Twitter und soziale Netzwerke	23	21	21	26
Überregionale Tageszeitungen	19	31	20	14
Spezielle Angebote mit alternativen Meinungen (Internet, Bücher, Zeitschriften)	10	8	9	12

*) Erläuterung im Untersuchungsbericht

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021) © IfD-Allensbach

Schaubild 25: Viele Quellen der politischen Information

Dabei hängt das politische Vertrauen²³ der Bürgerinnen und Bürger erkennbar mit den Mustern der Mediennutzung zusammen: Personen mit geringem politischem Vertrauen nutzen insbesondere Zeitungen und das öffentlich-rechtliche Fernsehen seltener als Personen mit durchschnittlichem oder gar hohem Vertrauen. Überdurchschnittlich machen die Personen mit geringem Vertrauen dagegen zur politischen Information von privaten Fernsehprogrammen, sozialen Netzwerken und Informationsangeboten im Internet Gebrauch, die keine Ableger der herkömmlichen Massenmedien sind.

Neben der eher passiven Integration durch Information und Beschäftigung mit den relevanten politischen Fragen eröffnet das freiwillige Engagement den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung.

Im Rahmen von Umfragen lässt sich das Engagement nicht ganz so trennscharf ermitteln wie z.B. die Mitgliedschaft in einer bestimmten Versicherung. In zahlreichen Befragungen werden unterschiedliche Operationalisierungen genutzt, die dann auch unterschiedliche Kreise von

²³ Als Personen mit hohem politischem Vertrauen wurden dabei jene eingestuft, die sowohl zu Bundestag und Bundesregierung wie auch zu den politischen Parteien viel oder ziemlich viel Vertrauen bekunden. Als Personen mit durchschnittlichem politischem Vertrauen gelten jene, die zumindest zu einer dieser Institutionen viel oder ziemlich viel Vertrauen haben, nicht jedoch zu allen dreien. (Eher) Geringes Vertrauen wurde für jene angenommen, die zu keiner der drei Institutionen viel oder ziemlich viel Vertrauen haben.

Engagierten erfassen:²⁴ Ein engerer Kreis wird ermittelt, wenn nach einem Ehrenamt oder einem Engagement mit Amt und fester Aufgabe gefragt wird. Deutlich größer ist der erkennbare Kreis, wenn das freiwillige Engagement insgesamt in den Blick genommen wird und dazu noch als Gedächtnisstütze eine Liste mit möglichen Bereichen des Engagements vorgelegt wird. Für die aktuelle Studie wurde zum einen mit Hilfe einer Liste der unterschiedlichen Bereiche des Engagements der weiteste Kreis derer erfasst, die sich in zumindest einem Kreis engagieren, "also freiwillig mitarbeiten oder mithelfen, ohne dafür bezahlt zu werden." Zum anderen wurden diese Engagierten im weitesten Sinne aber auch gefragt, ob sie bei ihrer Tätigkeit ein Amt oder eine feste Aufgabe übernommen haben, so dass auch der engere Kreis der Engagierten ausgewiesen werden kann.

Über eine freiwillige Tätigkeit in einem der 13 abgefragten Bereiche berichten derzeit insgesamt 51 Prozent der Bevölkerung. Am häufigsten engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor im Bereich des Sports, in dem 18 Prozent tätig sind. 11 Prozent sind im Bereich von Kultur oder Musik aktiv, vor allem in Chören und Orchestern. Jeweils 8 Prozent engagieren sich im kirchlichen und religiösen Bereich, im Bereich des Umweltschutzes oder auch im Bereich der Schulen und Kindergärten. Geringfügig seltener ist das Engagement in den übrigen Bereichen. In der Flüchtlingshilfe engagieren sich in der zweiten Jahreshälfte 2021 noch etwa 3 Prozent der Bevölkerung. Im April 2017 hatten sich dort im Anschluss an die erhebliche Zunahme der Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen noch 7 Prozent der Bevölkerung engagiert, im Januar 2019 noch 5 Prozent.²⁵

²⁴ Renate Köcher, Wilhelm Haumann: Engagement in Zahlen. In: Thomas Klie, Anna Wiebke Klie (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS, S.15-106.

²⁵ Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11070 (2017) und 11097(2019).



Schaubild 26: Freiwilliges Engagement 2021

Dabei engagiert sich heute in Ostdeutschland insgesamt ein etwas größerer Teil der Bevölkerung als in Westdeutschland. Bei früheren Befragungen blieb die Engagementquote in Ostdeutschland hinter der Quote in Westdeutschland noch zurück. Allerdings ist der besonders relevante engere Kreis der Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe im Osten noch immer kleiner als im Westen.

Andere Konturen des Engagements haben sich dagegen nicht verändert: Männer engagieren sich häufiger als Frauen, Personen im mittleren Alter häufiger als unter 30-Jährige oder über 60-Jährige und Personen mit höherem Status häufiger als Personen mit einfachem Status. Dabei wirken sich tradierte Muster aus, bessere und schlechtere Rahmenbedingungen zum Engagement in unterschiedlichen Lebensphasen, spezifische Wertsetzungen und nicht zuletzt die unterschiedlichen Ressourcen an Zeit, Bildung, sozialer Anerkennung und Einbindung.²⁶

²⁶ Vgl. Renate Köcher, Wilhelm Haumann: Engagement in Zahlen. In: Thomas Klie, Anna Wiebke Klie (Hrsg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS, S.15-106.

Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist freiwillig engagiert, fast 20 Prozent mit Amt oder fester Aufgabe – Region, Geschlecht, Alter und sozialer Status wirken sich aus

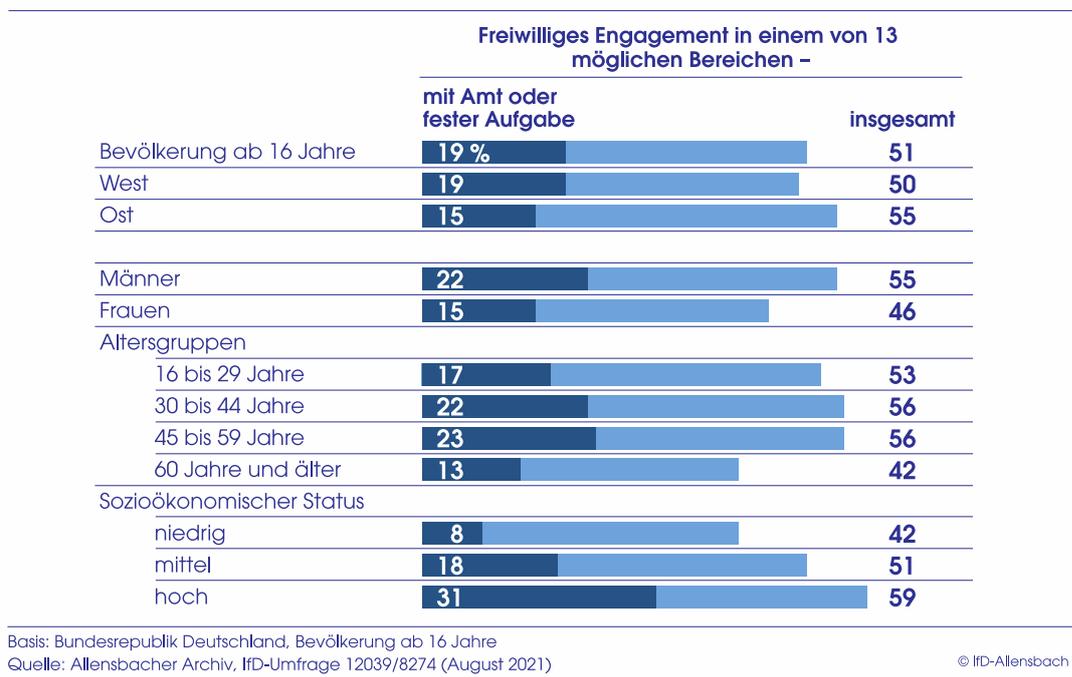


Schaubild 27: Freiwilliges Engagement, feste Aufgaben und Einflussfaktoren

Hierbei zeichnen sich Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe weitaus häufiger als andere durch politisches Vertrauen und positive Haltungen zur Demokratie aus.²⁷

Zentrale Form der politischen Beteiligung ist die Teilnahme an Wahlen. Obwohl die einzelne Stimme bei einer solchen Wahl nur minimalen Einfluss auf das Ergebnis nimmt, folgert daraus nur eine sehr kleine Minderheit von 7 Prozent, dass eine Wahlbeteiligung sinnlos wäre. Auch die Vorstellung, dass sich durch Wahlen ohnehin nichts ändere, vertreten lediglich 21 Prozent der Gesamtbevölkerung: Zu erheblichem Teil machen sich Nichtwähler diese fatalistische Vorstellung zu eigen und erklären ihren Verzicht auf die Wahlbeteiligung damit.

Dagegen gehört politische Mitbestimmung durch die Wahlbeteiligung für eine Mehrheit von zwei Dritteln zu den Bürgerpflichten (67 Prozent). Besonders der Vergleich mit Ländern, in denen nicht gewählt werden darf, begründet bei vielen die Einstellung, dass man froh sein sollte, wählen zu dürfen (66 Prozent). Dass Wahlen darüber hinaus auch viel bewirken, denken sowohl jene 50 Prozent, die mit der Wahl die präferierte Partei unterstützen wollen, als auch die 33 Prozent, die bei der Wahl vor Augen haben, dass sie darüber mitentscheiden, wie die nächste Regierung aussieht.

²⁷ Dieser Sachverhalt wird im Kapitel "Engagierte sind eher demokratisch integriert als nicht Engagierte" dargestellt.

Angesichts dieser weitgehend positiven Haltung zum Wählen, bekennen sich lediglich Minderheiten dazu, auf die Wahlteilnahme zuweilen aus Vergesslichkeit (10 Prozent), aus Desinteresse (5 Prozent), aus Distanz zu den Politikangeboten der Parteien (8 Prozent) oder gar aus Protest zu verzichten (4 Prozent).

Die in einigen intellektuellen Zirkeln derzeit diskutierte Anbindung des Wahlrechts an die Voraussetzung politischen Interesses oder politischer Informiertheit²⁸ findet lediglich bei einer verschwindenden Minderheit von 5 Prozent der Bevölkerung Zuspruch.

²⁸ Vgl. etwa David Van Reybrouck: Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen: Wallstein, 2016. Jason Brennan: Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen. Berlin: Ullstein, 2017.

Wählen: weit überwiegend positive Einstellungen – verbreitet Wünsche nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten – kaum bewusster Wahlverzicht aus politischer Enttäuschung

Das würde auch ich über das Wählen sagen –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Abbildung 28: Wählen

Angesichts der weit überwiegend positiven Einstellungen zur Demokratiebeteiligung durch die Teilnahme an Wahlen und angesichts der eher kritischen Bewertungen der Bürgernähe von Politikern und Parteien überraschen die verbreiteten Wünsche nach mehr Bürgerbeteiligung nicht. 50 Prozent der Bevölkerung wünschen sich, neben den eigentlichen Wahlen auch häufiger über Sachfragen abstimmen zu können.

Solche Wünsche prägen sich nicht allein bei jenen aus, die eine Gleichgültigkeit der Politik gegenüber den Wünschen und Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung konstatieren. Auch jene, die solche Vorwürfe nicht erheben, wären häufig an mehr Abstimmungsmöglichkeiten interessiert. Einzig jenen, die sich erklärtermaßen nicht an Wahlen beteiligen, wäre auch an Abstimmungen über Sachfragen wenig gelegen.

Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten: auch bei denen, die nicht über mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens klagen

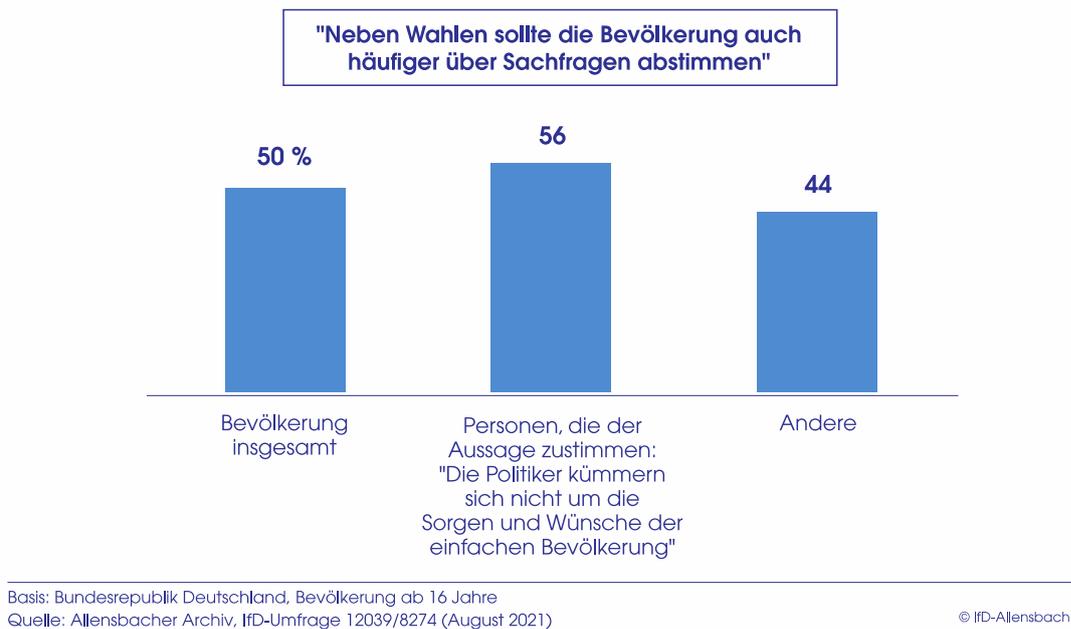


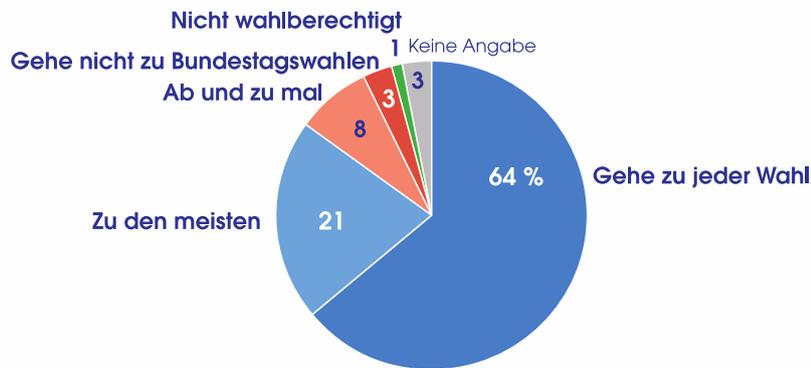
Schaubild 29: Wunsch nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten

Durch die nach wie vor verbreitete Wahrnehmung des Wahlrechts als Bürgerpflicht (vgl. Schaubild 28) tendieren die Befragten insbesondere bei Fragen nach der Beteiligung an früheren Bundestagswahlen zu einer leichten Übertreibung. Dagegen werden Absichten zur Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen und auch die Muster des Wahlverhaltens recht genau erfasst.

64 Prozent der volljährigen Bevölkerung geben an, sich an jeder Bundestagswahl zu beteiligen, 21 Prozent sagen: "an den meisten". Nur eine Minderheit erklärt sich zu einer allenfalls gelegentlichen Teilnahme oder zum gänzlichen Verzicht auf das Wählen (8 bzw. 3 Prozent).

Zwei von Drei geben an, sich an jeder Bundestagswahl zu beteiligen

Frage: "Wie ist das bei Bundestagswahlen: Gehen Sie da, wenn irgend möglich, zu jeder Wahl, oder zu den meisten, oder nur ab und zu mal, zum Beispiel, wenn Sie die Wahl besonders interessiert, oder beteiligen Sie sich generell nicht an den Bundestagswahlen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 18 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 30: Zwei von Drei geben an, sich an jeder Bundestagswahl zu beteiligen

Einfluss auf das Wahlverhalten nimmt vorrangig die Schichtzugehörigkeit: Von den Personen mit einfachem Status nimmt nur etwa die Hälfte an jeder Bundestagswahl teil, von den Personen mit höherem Status tun das über drei Viertel. Dabei steht hinter dem Verzicht auf diese Form der politischen Einflussnahme bei Personen aus der einfachen Schicht vergleichsweise häufig die beobachtete fatalistische Haltung: Die eigene Stimme ändere nichts und es mache auch keinen Unterschied, welche Parteien oder welche Politiker regierten.²⁹ Daneben wirken sich auch das Alter und die Wohnregion aus: Jüngere tendieren weitaus seltener zu einer regelmäßigen Wahlteilnahme als die über 60-Jährigen und auch Ostdeutsche gehören etwas seltener zu den Gewohnheitswählern als Westdeutsche. Allenfalls geringe Unterschiede zeigen sich dagegen beim Wahlverhalten von Männern und Frauen. Der leichte Vorsprung der Frauen entsteht hier vor allem daraus, dass vor allem Frauen in höherem Alter häufiger regelmäßig an Wahlen teilnehmen als die geringere Zahl der gleichaltrigen Männer.

²⁹ So auch bereits Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7099 (2006).

Determinanten der Wahlgewohnheiten: Region, Alter, sozialer Status

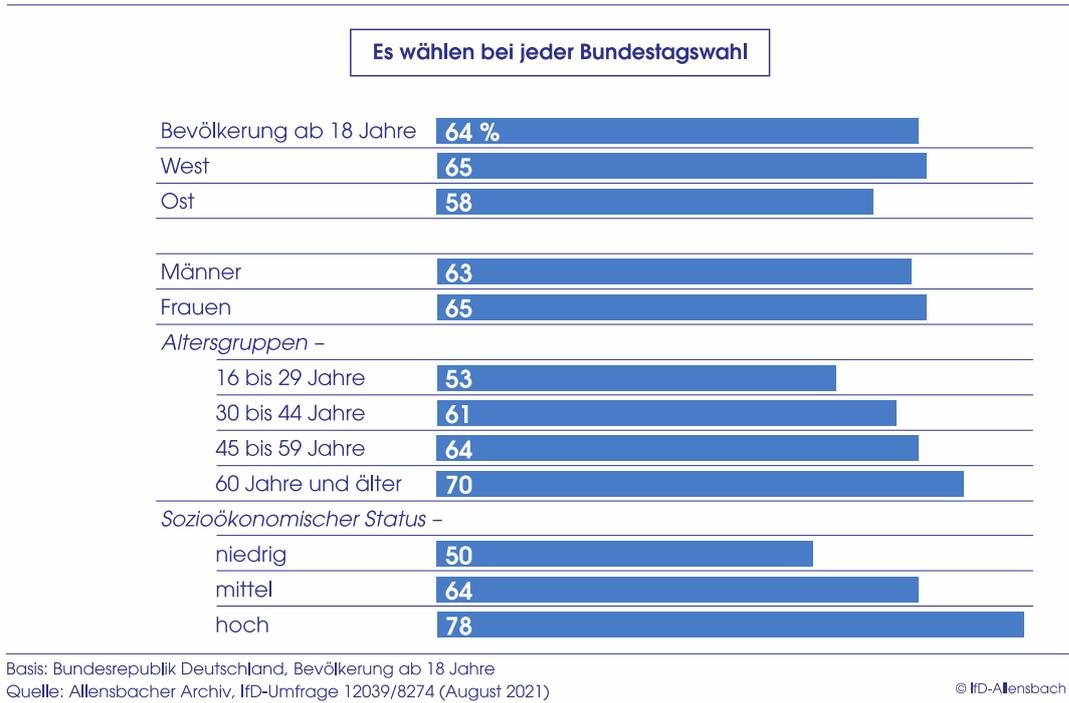


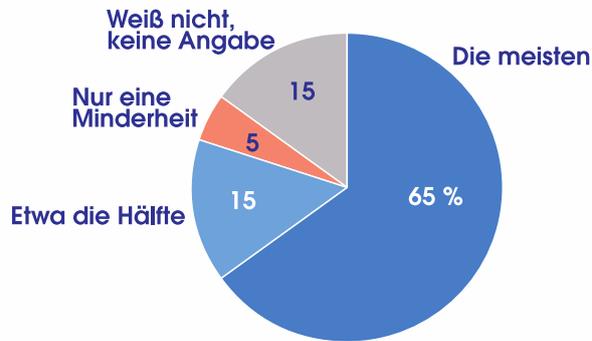
Schaubild 31: Determinanten der Wahlgewohnheiten

Passend zur Schilderung des eigenen Wahlverhaltens bei Bundestagswahlen sehen rund zwei Drittel der Bevölkerung eine regelmäßige Wahlbeteiligung ihrer Freunde und Bekannten. 15 Prozent geben an, dass nur etwa die Hälfte im Bekanntenkreis stets zur Wahl geht; 5 Prozent berichten über eine Minderheit der regelmäßigen Wähler unter den eigenen Freunden und Bekannten. Dabei hängen die Angaben eng zusammen: Von jenen, die selbst zu jeder Wahl gehen, haben 78 Prozent mehrheitlich ebenso wahlorientierte Bekannte. Von jenen, die selbst nur ab und zu oder nie wählen gehen, kennen nur 18 Prozent mehrheitlich regelmäßige Wählerinnen und Wähler.

Die so erkennbaren weitgehend "geschlossenen Kreise" von mehr oder weniger Beteiligten verteilen sich nicht zufällig. Insbesondere wirkt sich wieder die Schichtzugehörigkeit aus. Unter den Personen mit einfachem Status gibt es viele Kreise von Freunden oder Bekannten, in denen sich kaum jemand regelmäßig an Wahlen beteiligt.

Wahlbeteiligung: Wähler und Nichtwähler bleiben häufig unter sich – Nichtwähler eher in der einfachen Schicht

Frage: "Wenn Sie an Ihren Freundes- und Bekanntenkreis denken: Wie ist es da? Gehen die meisten Ihrer Freunde und Bekannten bei Bundestagswahlen wählen, oder in etwa die Hälfte, oder ist es nur eine Minderheit, die wählen geht?"



Die meisten wählen	%
Bevölkerung insgesamt	65
Es wollen bei der Bundestagswahl 2021 –	
bestimmt wählen	78
wahrscheinlich wählen	50
eher nicht wählen	18
Politisch –	
Interessierte	78
weniger/nicht Interessierte	52
Sozioökonomischer Status –	
niedrig	50
mittel	65
hoch	80

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 18 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 32: Wähler und Nichtwähler bleiben häufig unter sich

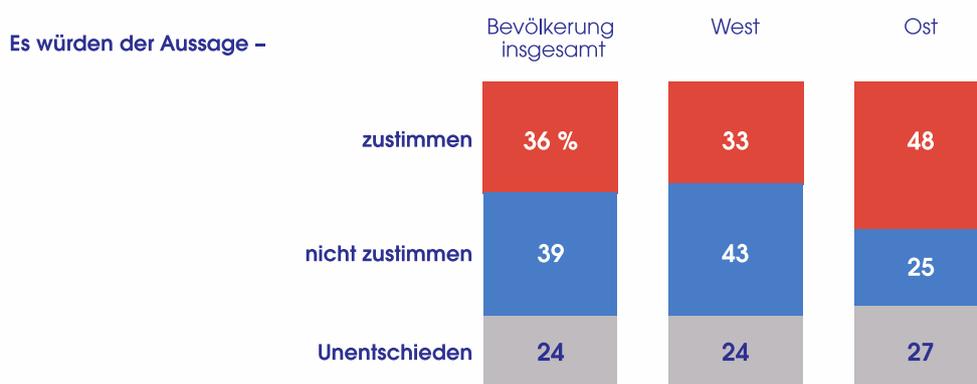
2.3.7 (Un)Empfänglichkeit für populistische Argumentationen

Populistische Argumentationen nutzen die beschriebene Unzufriedenheit mit Politikern, Parteien und einem Teil der konkreten politischen Entscheidungen. An übersteigerte Kritik oder dramatisierte Beschreibungen von Problemen knüpfen sie rhetorische Infragestellungen des gesamten politischen Systems. Konkrete Alternativen wie z.B. die Einführung einer autoritären Staatsform, die eher dämpfend auf die Kritik wirken würden (vgl. Schaubild 3), zeigen solche Argumentationen nicht auf. Damit erlangen sie auch über die eigentlichen Anhänger populistischer Parteien hinaus Zustimmung.

Anklang findet vor allem die Ankündigung einer großen Systemkrise, die allein noch durch eine grundlegende Änderung des politischen Systems zu bewältigen sei. Diese Katastrophenwarnung, die gewissermaßen alle kritisch gesehenen Einzelentwicklungen in einer einfachen fatalen Konsequenz bündelt, stößt bei 36 Prozent der Bevölkerung auf Zustimmung, bei einem Drittel der Westdeutschen (33 Prozent) und bei fast der Hälfte der Ostdeutschen (48 Prozent).

Beschwörung einer Systemkrise als Argument für eine Änderung des Systems: Anklang bei einem guten Drittel der Bevölkerung

"Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 33: Beschwörung einer Systemkrise als Argument für eine Änderung des Systems

Attraktivität bezieht diese Argumentation auch aus ihrer Offenheit für ganz unterschiedliche Ursachen der erwarteten Systemkrise. Deshalb können sowohl die Anhänger ausgeprägt linker wie ausgeprägt rechter Parteien überdurchschnittlich häufig zustimmen.

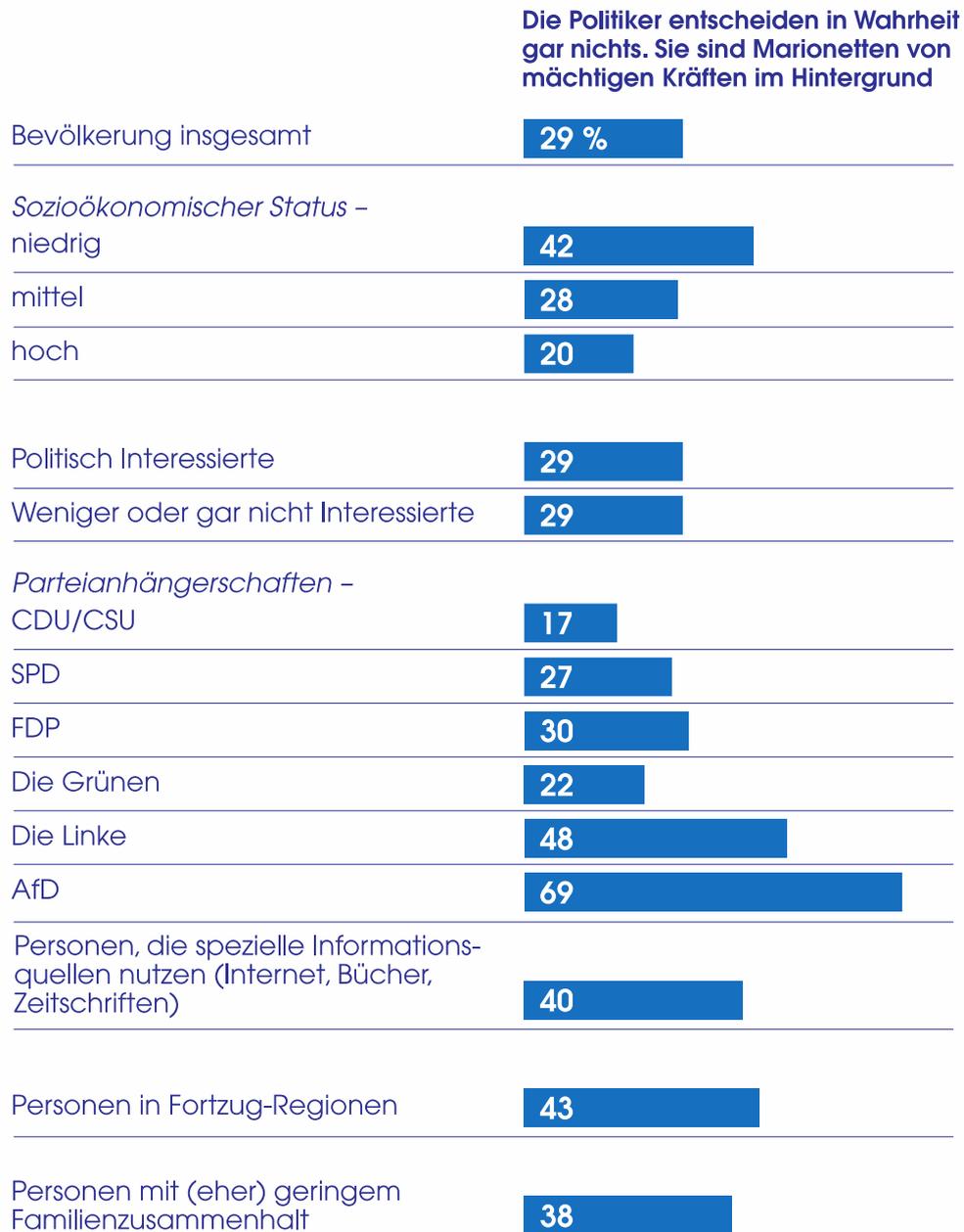
In ihrer Unbestimmtheit spricht die Katastrophenwarnung politisch Interessierte und Desinteressierte zu etwa gleichen Teilen an. Sogar die soziale Schicht differenziert hier weniger stark als bei anderen Einstellungen. Weit überdurchschnittlich findet sich die Katastrophenerwartung allerdings bei jenen, die sich politisch aus speziellen Informationsquellen mit Meinungen und Informationen versorgen (51 Prozent).

Zum Kernbestand populistischer Argumentationen gehört auch der schon dargestellte Vorwurf, die Politiker entschieden gar nichts, sondern agierten als Marionetten mächtiger Kräfte im Hintergrund. In ihr wird begründete Kritik an einzelnen beeinflussbaren Amtsträgern zur grundsätzlichen Diskreditierung der Politiker und damit der repräsentativen Demokratie übersteigert. Die tatsächlichen demokratischen Entscheidungsprozesse erscheinen als "Marionettentheater", hinter dem sich "mächtige Kräfte" verstecken. Mit dieser Äußerung wird also die bestehende Demokratie im Zeichen einer "wahren" Demokratie als undemokratisch diskreditiert und Änderungsbedarf unterstellt.

Dieser Äußerung schließt sich eine nennenswerte Minderheit von 29 Prozent der Bevölkerung an; in der einfachen Schicht sind es sogar 42 Prozent. Am häufigsten machen sich die Anhänger

der AfD diese populistische Argumentation zu eigen (69 Prozent). Aber auch unter den Anhängern der anderen Parteien findet die Vorstellung Anklang. Wiederum sind politisch Interessierte und Desinteressierte in gleichem Ausmaß für diese Sichtweise empfänglich.

Fremdsteuerung des politischen Systems?



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 34: Fremdsteuerung des politischen Systems?

Dagegen finden die eigentlichen Verschwörungstheorien im engeren Sinne nur wenig Resonanz. Leicht erkennbar absurde Behauptungen werden nur von kleinen Minderheiten der Bevölkerung geglaubt. So weisen beispielsweise in einer aktuellen Befragung lediglich 5 Prozent

der Bevölkerung die Schuld an der Corona-Krise Bill Gates zu, der damit eine neue Weltordnung errichten wolle. Mehr als zehnmal so viele Bürgerinnen und Bürger erklären dagegen: "Die meisten Verschwörungstheoretiker sind Spinner."

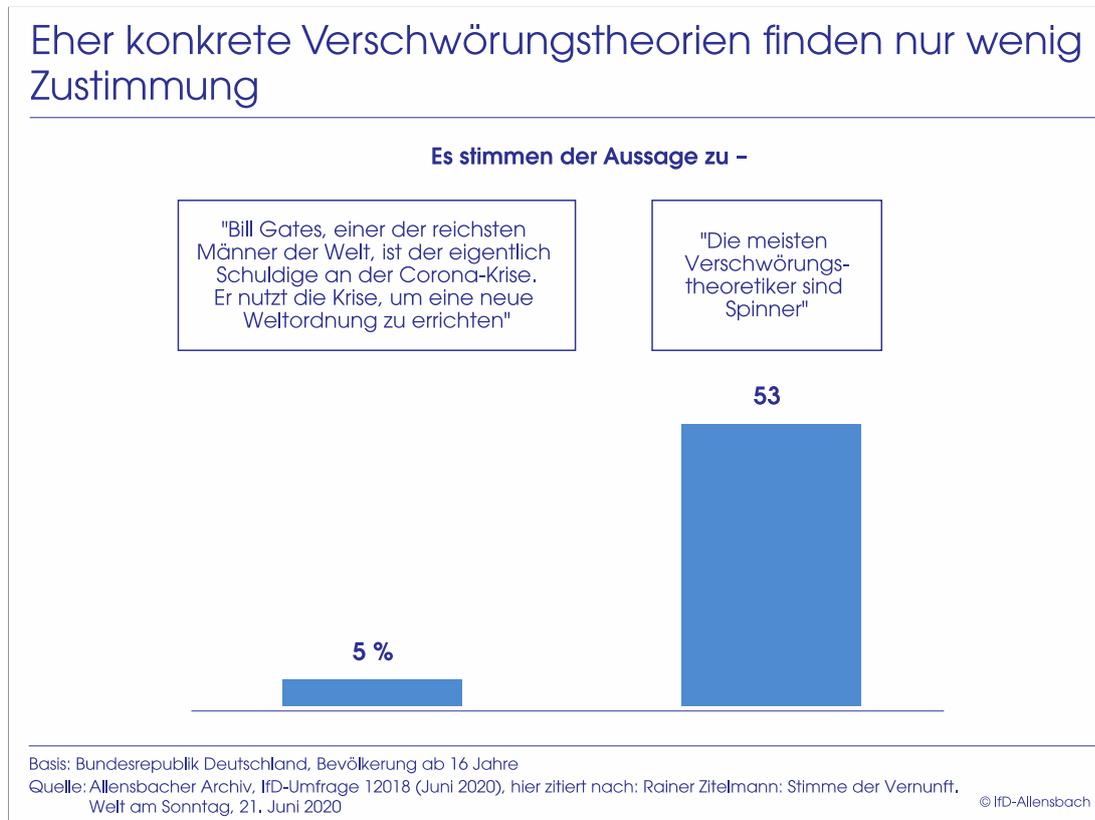


Schaubild 35: Eher konkrete Verschwörungstheorien finden nur wenig Zustimmung

Mehr Resonanz erzielen Argumentationen dagegen dort, wo sie - wie dargestellt - an verbreteter Kritik innerhalb des Systems anknüpfen, diese durch Scheinplausibilität zur Fundamentalkritik erweitern und keine Beurteilung von Alternativen zulassen. Allerdings deuten die Ergebnisse der Befragung zumindest bei etwa der Hälfte derer, die sich solche Argumentationen anschließen, auf die Folgenlosigkeit der wohl eher gelegentlichen Systemkritik hin. Auch von jenen, die eine Katastrophe des Systems erwarten, der nur noch mit grundsätzlichen Veränderungen beizukommen sei, halten 52 Prozent die deutsche Demokratie für die vergleichsweise beste Staatsform und 47 Prozent bestätigen ihr, sie funktioniere gut oder zumindest zufriedenstellend.

2.3.8 Exkurs: „Demokratische Integration“ von Personen mit Migrationshintergrund

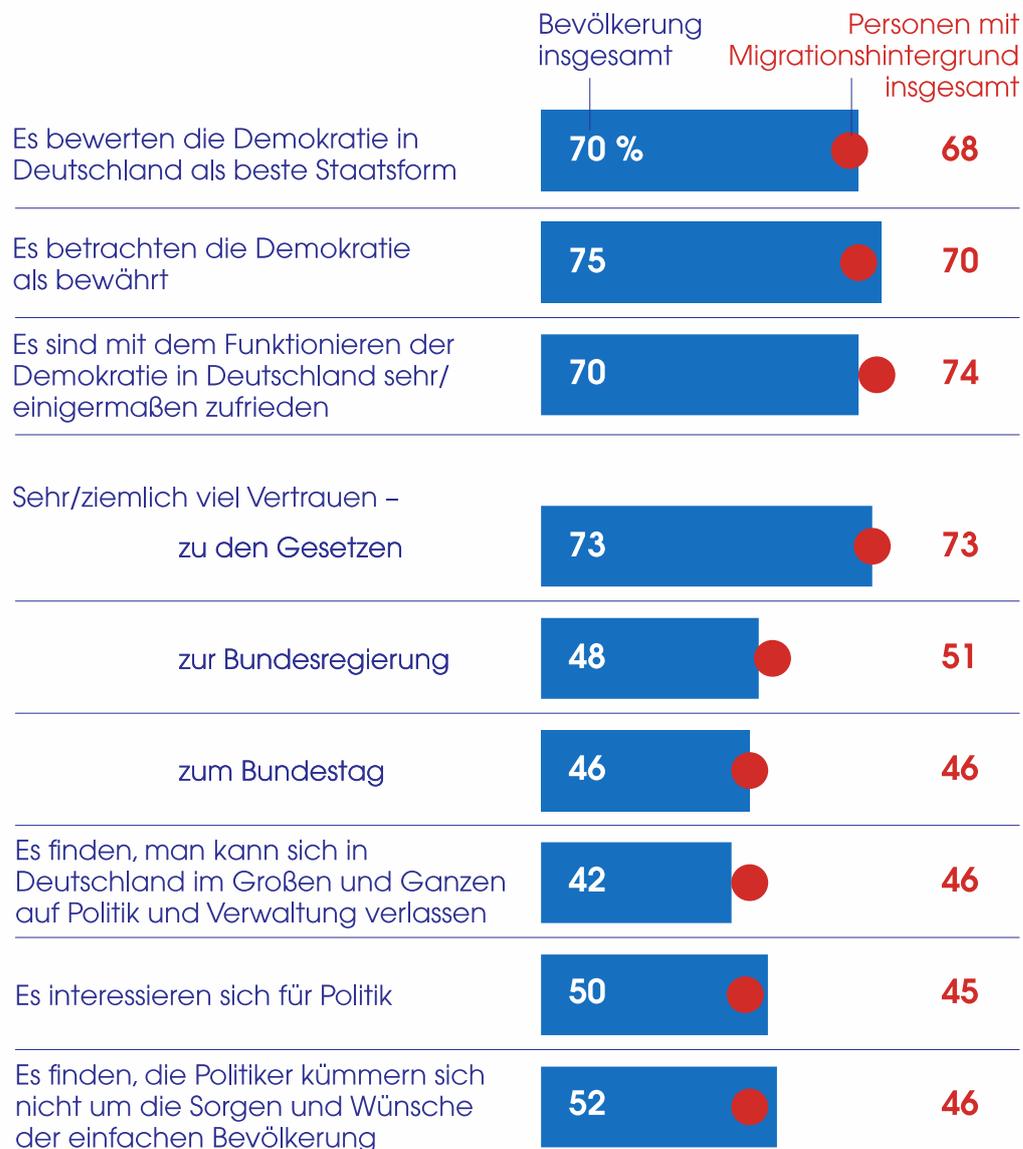
Befunde für die „Demokratische Integration“ von Personen mit Migrationshintergrund werden im Folgenden zusammengefasst dargestellt. Dabei ist zu bedenken, dass solche Personen mit Migrationshintergrund oder Migrationsgeschichte hier nur so weit in den Blick genommen werden konnten, wie sie zur Gesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung gehören. Von den

Personen mit Migrationshintergrund wurden also nur jene befragt, die (auch) die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Von daher zeigen die Ergebnisse an dieser Stelle nur einen begrenzten Ausschnitt des Bilds, das am ehesten mit einer speziellen Zielgruppenbefragung dargestellt werden könnte.

Dabei ergeben sich für die Deutschen mit Migrationshintergrund im Wesentlichen ganz ähnliche Indikatorwerte der „Demokratischen Integration“ wie für den Bevölkerungsdurchschnitt (Schaubild 36). Praktisch gleiche Anteile von ihnen wie vom Durchschnitt der Bevölkerung insgesamt befürworten die Prinzipien der deutschen Demokratie, haben den Eindruck eines zumindest einigermaßen funktionierenden politischen Systems und äußern Vertrauen zur Exekutive, zu den Gesetzen sowie zu Bundestag und Bundesregierung.

Bedeutsame Unterschiede deuten sich am ehesten im Hinblick auf das politische Interesse an: Personen mit Migrationshintergrund interessieren sich etwas weniger oft für Politik als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Aber auch dabei bleibt die Differenz mit 5 Prozentpunkten noch vergleichsweise klein. Hierbei wirkt sich auch der leicht unterdurchschnittliche soziale Status der Gruppe aus (vgl. Schaubild 24). Deutsche mit Migrationshintergrund sind also zumindest im Hinblick auf ihre Einstellungen nicht wesentlich anders demokratisch integriert als die ausschließlich deutschstämmigen Bürgerinnen und Bürger.

Demokratische Integration der Personen mit Migrationshintergrund



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 36: Demokratische Integration der Personen mit Migrationshintergrund

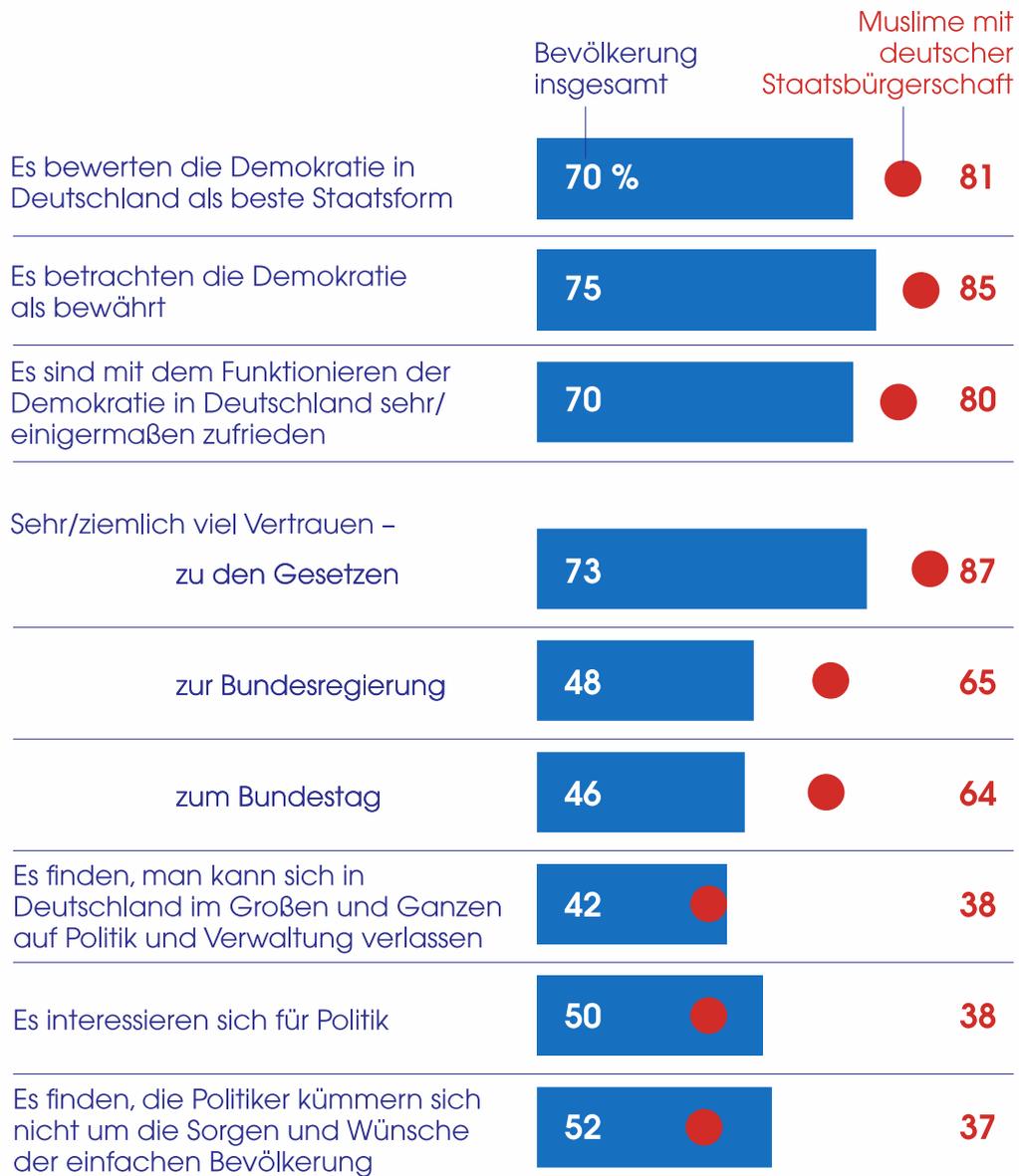
Da im Rahmen der Befragung auch eine kleine repräsentative Zusatzstichprobe von 222 wahlberechtigten Muslimen befragt wurde, können die entsprechenden Angaben zudem für diese spezielle Gruppe ausgewertet werden. Dabei gilt es zu beachten, dass diese Stichprobe lediglich 39 Prozent der Muslime in Deutschland repräsentiert, also auch hier nur einen Ausschnitt des Gesamtbilds zeigt.

Fast alle in dieser Gruppe haben einen Migrationshintergrund. Weitaus häufiger als unter der Gesamtheit der Deutschen mit Migrationshintergrund finden sich unter den Muslimen mit deutscher Staatsangehörigkeit jüngere Leute, bei denen Vater wie auch Mutter im Ausland geboren sind (86 gegenüber 55 Prozent). Als deutsche Staatsbürger sind diese Muslime meist schon in Deutschland geboren oder leben seit vielen Jahren im Land. In nicht wenigen Familien gab es eine bewusste Entscheidung, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Dementsprechend bewerten die deutschen Muslime die Demokratie in Deutschland signifikant häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt, als beste Staatsform (81 Prozent gegenüber 70 Prozent). Auch mit dem Funktionieren der Demokratie sind sie häufiger zufrieden als andere (80 Prozent gegenüber 70 Prozent). Gegenüber den politischen Institutionen in Deutschland bekunden die deutschen Muslime weit überdurchschnittlich Vertrauen. Während von ihnen etwa zwei Drittel dem Bundestag und der Bundesregierung (sehr) großes Vertrauen entgegenbringen, tut das jeweils nur etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Allerdings ist das politische Interesse in dieser Gruppe mit durchschnittlich 38 Prozent weit geringer als im Durchschnitt der Bevölkerung (50 Prozent, Schaubild 37). Dazu trägt auch der vergleichsweise große Anteil von Jüngeren unter 40 Jahren bei (64 Prozent gegenüber 30 Prozent): Jüngere interessieren sich ja weit seltener für Politik als Mittelalte oder Ältere (vgl. Schaubild 24).

Auch auf die geringere Wahlbeteiligung der deutschen Muslime sowie ihr unterdurchschnittliches freiwilliges Engagement wirkt dieser Faktor mit ein: Viele von ihnen haben noch keine sonderliche Erfahrung mit Wahlen und viele von ihnen sind noch nicht in einem Alter, in dem sich ein Engagement im Zusammenhang mit eigenen Kindern ergibt.

Muslime mit deutscher Staatsbürgerschaft bejahen meist die deutsche Demokratie



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 37: Muslime mit deutscher Staatsbürgerschaft bejahen meist die deutsche Demokratie

2.4 Engagement und Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl als Indikatoren demokratischer Integration

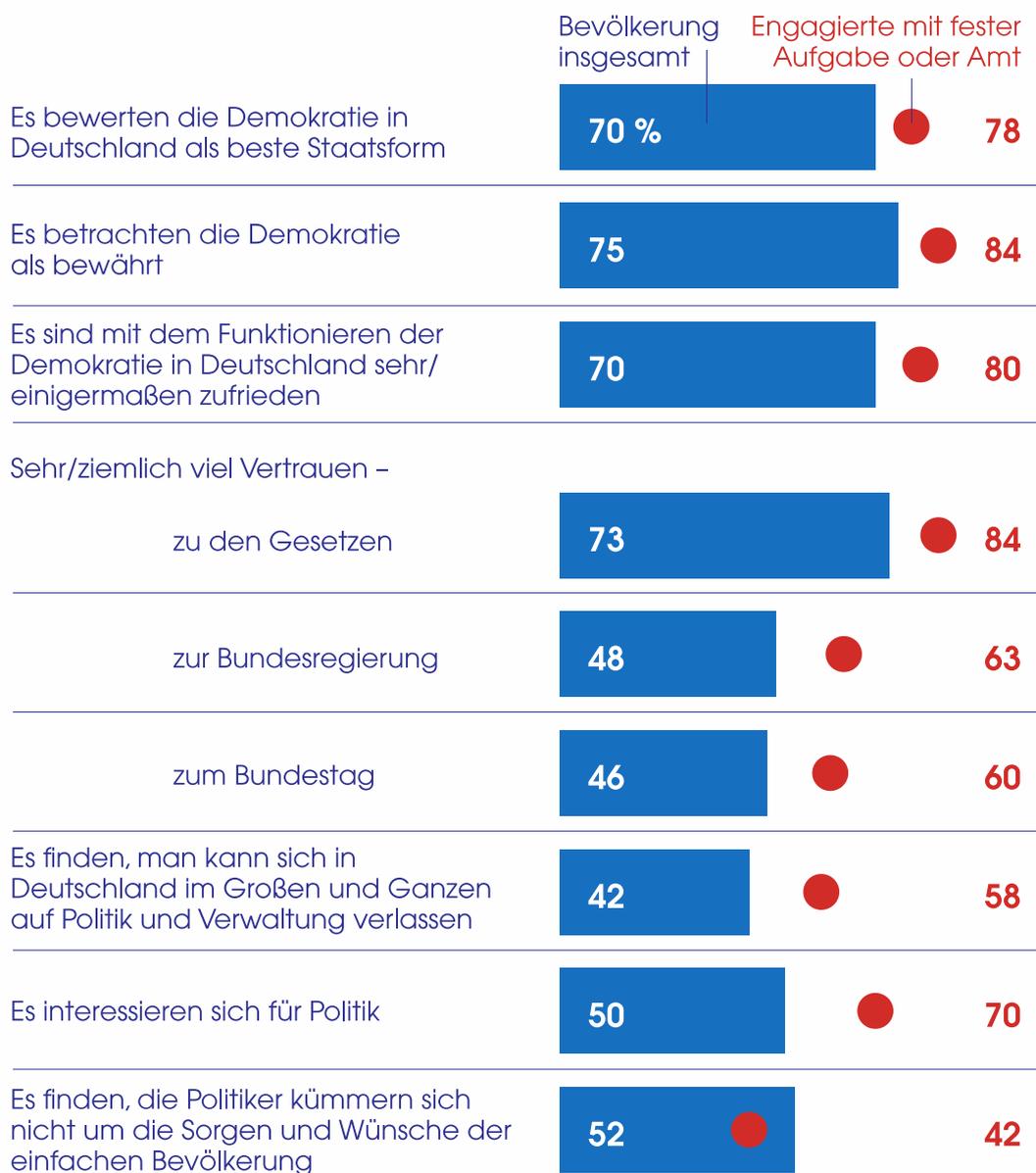
In der folgenden Hauptstudie soll die regionale „Demokratische Integration“ u. a. mit Hilfe der Variablen des Engagements (nach dem Freiwilligensurvey 2019) und der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 (nach der repräsentativen Wahlstatistik) für unterschiedliche Regionen in Deutschland ermittelt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit diese beiden Variablen als Indikatoren für die dargestellten Dimensionen geeignet sind.

2.4.1 Engagierte sind eher demokratisch integriert als nicht Engagierte

Der engere Kreis der Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe ist in praktisch allen beobachteten Dimensionen in höherem Maße demokratisch integriert als der Rest der Bevölkerung: Signifikant häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt stimmen Engagierte der deutschen Demokratie als bester Staatsform zu. Zugleich wenden sie sich häufiger als andere gegen eine autoritäre Staatsform und bescheinigen der Demokratie ein zufriedenstellendes Funktionieren. Insbesondere zeigen Engagierte mit Amt oder fester Aufgabe deutlich mehr Vertrauen zu den politischen Institutionen als andere. Und auch ihr politisches Interesse ist deutlich größer als das der Zeitgenossen. Das vergleichsweise große politische Interesse findet sich nicht allein bei Engagierten aus dem politischen Bereich, sondern auch bei Engagierten in anderen Bereichen. Dem Vorwurf, Politiker kümmern sich nicht um Sorgen und Wünsche der einfachen Bevölkerung schließen sich die Engagierten dementsprechend weitaus seltener an als andere.

Diese Zusammenhänge ergeben sich nur zu kleinerem Teil durch den überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit höherem Status unter den Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe: Auch Personen aus der mittleren oder der einfachen Schicht, die feste Aufgaben oder Ämter beim Engagement übernommen haben, sprechen sich signifikant häufiger für die deutsche Demokratie aus und geben auch mehr Vertrauen zu den demokratischen Institutionen zu Protokoll als vergleichbare Personen.

Engagement als Indikator für demokratische Integration



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 38: Engagement als Indikator für „Demokratische Integration“

Aufgrund der eher kleinen Befragtenzahlen in den unterschiedlichen Engagement-Bereichen sind Aussagen für die Aktiven in den unterschiedlichen Bereichen weniger gut fundiert als Aussagen für die Gesamtheit der Engagierten. Wo solche Analysen sinnvoll möglich sind, deuten sich zumindest keine massiven Unterschiede der Haltungen an.

So äußern sich beispielsweise die fest im Sport Engagierten sogar noch etwas häufiger positiv über die deutsche Demokratie als der Durchschnitt aller Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe. Besonders positive Einstellungen deuten sich bei kleiner Befragtenzahl für jene an, die im politischen Bereich aktiv sind. Sie haben mehrheitlich von vornherein eine besonders positive Haltung zur deutschen Demokratie, so dass demokratiekritische Haltungen von Engagierten im politischen Bereich noch auffälliger vom dort üblichen "common sense" abweichen als in anderen Bereichen der Gesellschaft.

	Bevölkerung insgesamt	Engagierte		
		ins- gesamt	mit fester Aufgabe oder Amt –	
			im Bereich Sport	im Bereich Politik*
	%	%	%	%
Es –				
bewerten die Demokratie in Deutschland als beste Staatsform	70	78	82	93
betrachten die Demokratie als bewährt	75	84	86	96
sind mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sehr/ einigermaßen zufrieden	70	80	81	86
				*) Kleine Fallzahl, Indikatorwerte
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)				© IfD-Allensbach

Schaubild 39: Engagiert im Sport mit kaum weniger Zustimmung zur deutschen Demokratie als Engagierte im Bereich Politik

Die stärkste Prognosekraft hat das freiwillige Engagement im Hinblick auf die wahrgenommene Selbstwirksamkeit im politischen System. Während im Bevölkerungsschnitt nur 34 Prozent die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Entwicklungen am Ort sehen, sind von den Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe 58 Prozent davon überzeugt, Einfluss nehmen zu können. Nur 13 Prozent melden Zweifel an. Überdurchschnittlich verbreitet ist das Vertrauen auf die Selbstwirksamkeit auch noch bei den Engagierten, die lediglich als Unterstützer oder nur gelegentlich aktiv sind. Von ihnen sehen immerhin noch 42 Prozent die Möglichkeit, etwas zu gestalten. Unter den nicht Engagierten hält das dagegen nur etwa ein Fünftel für möglich.

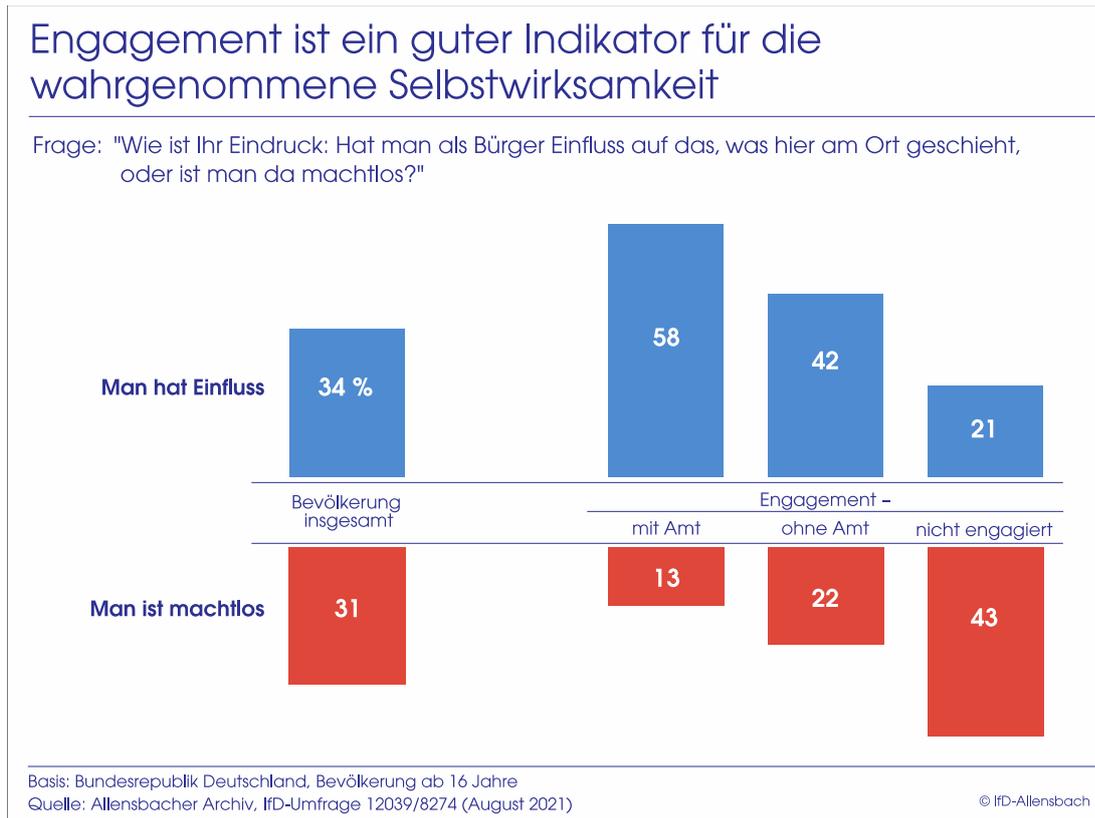


Schaubild 40: Engagement ist ein guter Indikator für die wahrgenommene Selbstwirksamkeit

Da der Bericht zum Freiwilligensurvey 2019 den Zusammenhang des Engagements mit der „Demokratischen Integration“ ebenfalls nachweist³⁰, muss diese Dimension hier nicht noch weiter vertieft werden: Die Ergebnisse sprechen dafür, dass ein erhöhter Anteil von Engagierten mit Amt oder fester Aufgabe bei vergleichbaren Rahmenbedingungen auch mit einem erhöhten Anteil von demokratisch Integrierten einhergeht.

2.4.2 Wer an Wahlen teilnimmt, ist eher demokratisch integriert

Da die politische Partizipation durch die Teilnahme an Wahlen bereits zur „Demokratischen Integration“ gehört, sind Wählerinnen und Wähler gewissermaßen a priori stärker integriert als Nichtwähler. Die Ergebnisse der Befragung zeigen aber auch darüber hinaus bei Wählern - hier jeweils bezogen auf Bundestagswahlen - ungleich mehr positive Haltungen zum demokratischen System als bei jenen, die nicht oder allenfalls gelegentlich wählen.

Diese Zusammenhänge werden hier für die zentralen Dimensionen der Integration anhand von jeweils drei unterschiedlichen Variablen betrachtet: anhand der erinnerten Teilnahme an der Bundestagswahl 2017, anhand der Pläne zur Beteiligung an der Bundestagswahl 2021 und

³⁰ Vgl. Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: DZA, Juni 2021. S.268-270.

anhand der im Interview beobachteten Einstellungen zum Wählen. Bei dieser Einstufung werden Wahlberechtigte, die sich sowohl an jeder Wahl beteiligen als auch darüber hinaus eine besondere Wirkung dieser Beteiligung erwarten (Unterstützung der eigenen Partei oder Mitbestimmung über die Regierung), als überzeugte Wähler eingestuft. Als Gewohnheitswähler gelten jene, die zwar ebenfalls an jeder Wahl teilnehmen, das aber nicht mit besonderen Wirkungserwartungen verbinden. Als Gelegenheitswähler werden jene eingestuft, die angeben, an den meisten Wahlen teilzunehmen. Wahlberechtigte, die nur ganz seltener oder nie zur Wahl gehen, erscheinen als Distanzierte.

Alle drei Kategorien (Wahlbeteiligung 2017, Wahlpläne 2021 und Einstellungen zum Wählen) zeigen nun bei allen durchgeführten Analysen ganz deutliche Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Grundhaltungen zum Wählen und den schon dargestellten Dimensionen der „Demokratischen Integration“: Insbesondere jene, die nicht wählen, sind weitaus seltener demokratisch integriert als die Wählerinnen und Wähler. Das betrifft die Grundeinstellungen zum demokratischen System in Deutschland (Schaubilder 41 und 42), die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Schaubild 43), das Vertrauen zu den politischen Institutionen, hier dargestellt am Beispiel des Bundestags (Schaubild 44) und ebenfalls die wahrgenommene Selbstwirksamkeit (Schaubild 45). Die hier erkennbaren Differenzierungen sind derart eindeutig, dass sie nicht einzeln kommentiert werden müssen.

Klarer Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten und den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland

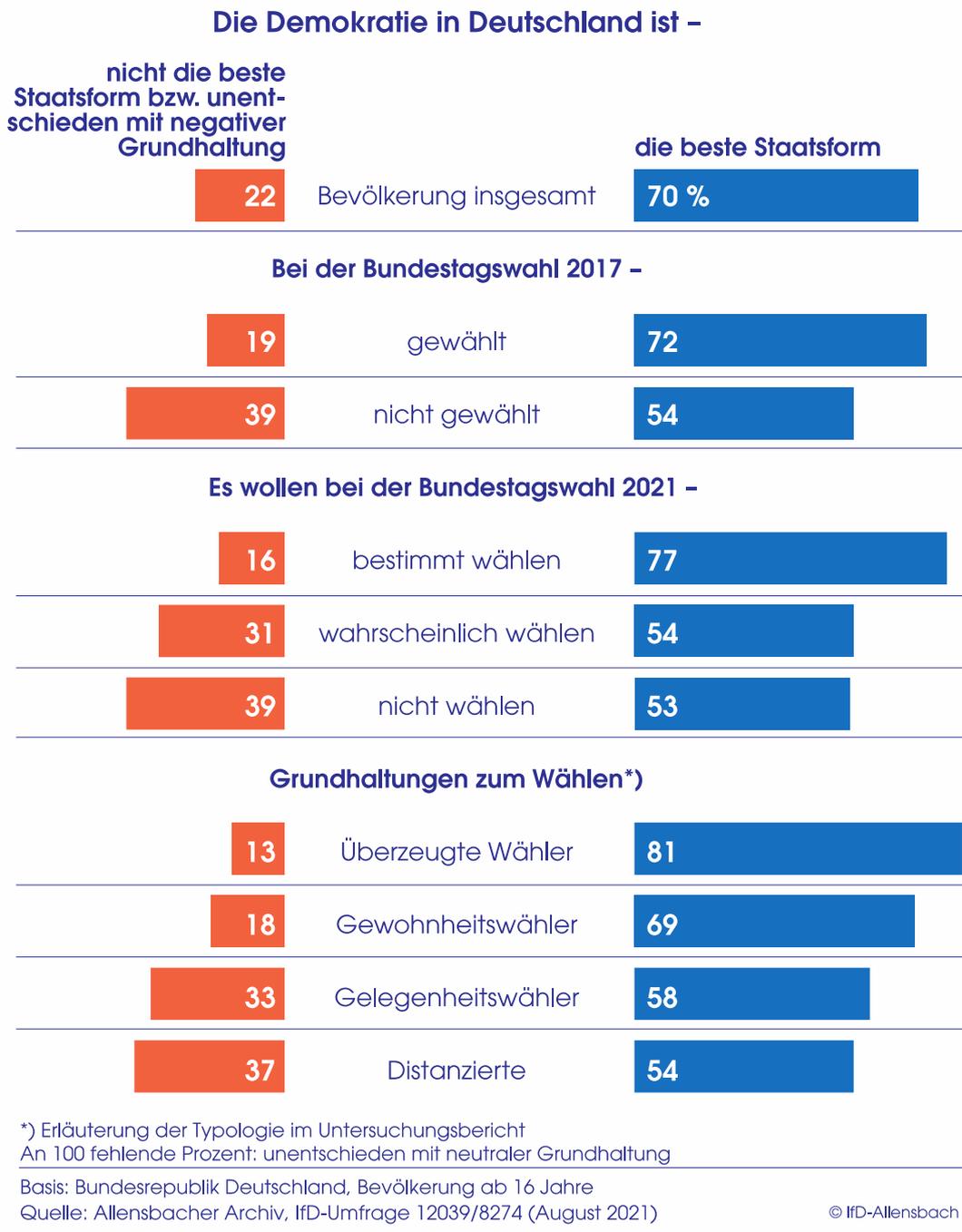


Schaubild 41: Klarer Zusammenhang zwischen dem Wahlverhalten und den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland

Klarer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Ablehnung einer autoritären Staatsform

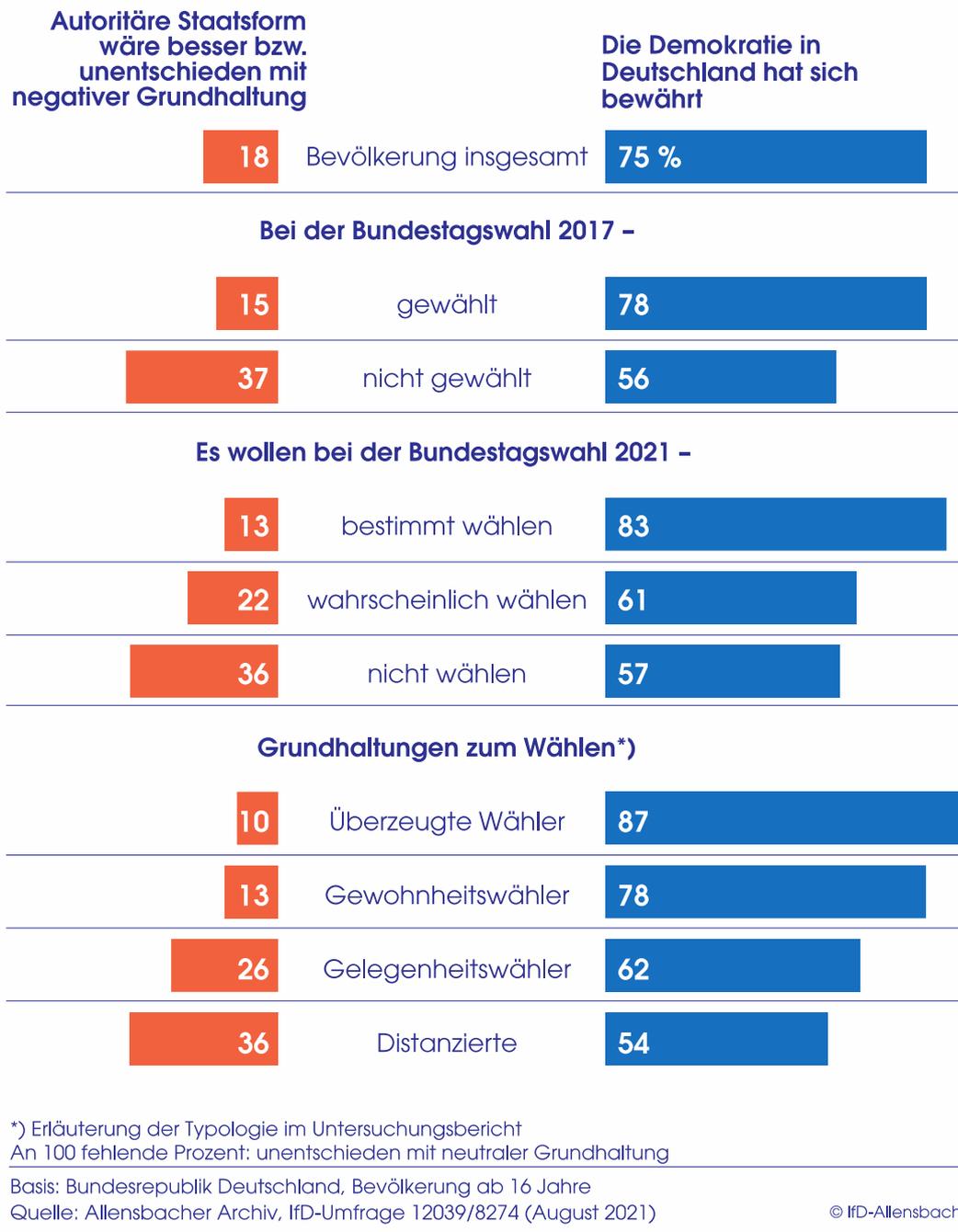


Schaubild 42: Klarer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Ablehnung einer autoritären Staatsform

Zusammenhang von Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und dem Wahlverhalten



Schaubild 43: Zusammenhang von Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und dem Wahlverhalten

Zusammenhang von Institutionenvertrauen und Wahlverhalten: Beispiel Bundestag



Schaubild 44: Zusammenhang von Institutionenvertrauen und Wahlverhalten: Beispiel Bundestag

Zusammenhang zwischen wahrgenommener Selbstwirksamkeit und Wahlverhalten



*) Erläuterung der Typologie im Untersuchungsbericht

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (August 2021)

© IfD-Allensbach

Schaubild 45: Zusammenhang zwischen wahrgenommener Selbstwirksamkeit und Wahlverhalten

Auf der individuellen Ebene gibt es also einen klaren Zusammenhang zwischen den vielfältigen Aspekten der „Demokratischen Integration“ und der Wahlbeteiligung. Allerdings führen diese starken Zusammenhänge auf der individuellen Ebene dann im regionalen Aggregat nur zu vergleichsweise kleinen Unterschieden der örtlichen Wahlbeteiligung. Dazu trägt zum einen die unterschiedliche Größe der Teilgruppen bei: Rund zwei Drittel der Wahlberechtigten sind

überzeugte Wähler oder Gewohnheitswähler. Stark wirkt sich die schwächere Integration vor allem auf die deutlich kleineren Gruppen der gelegentlichen Wähler oder der Distanzierten aus. Zum anderen sind aber auch noch weitere Einstellungen und Sachverhalte für die Wahlbeteiligung bedeutsam. Eine wichtige Rolle spielt etwa das politische Interesse, das die Haltungen zum Wählen auch schon bei bivariater Analyse sichtlich stärker differenziert als beispielsweise die Grundhaltung zur Demokratie oder die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems.

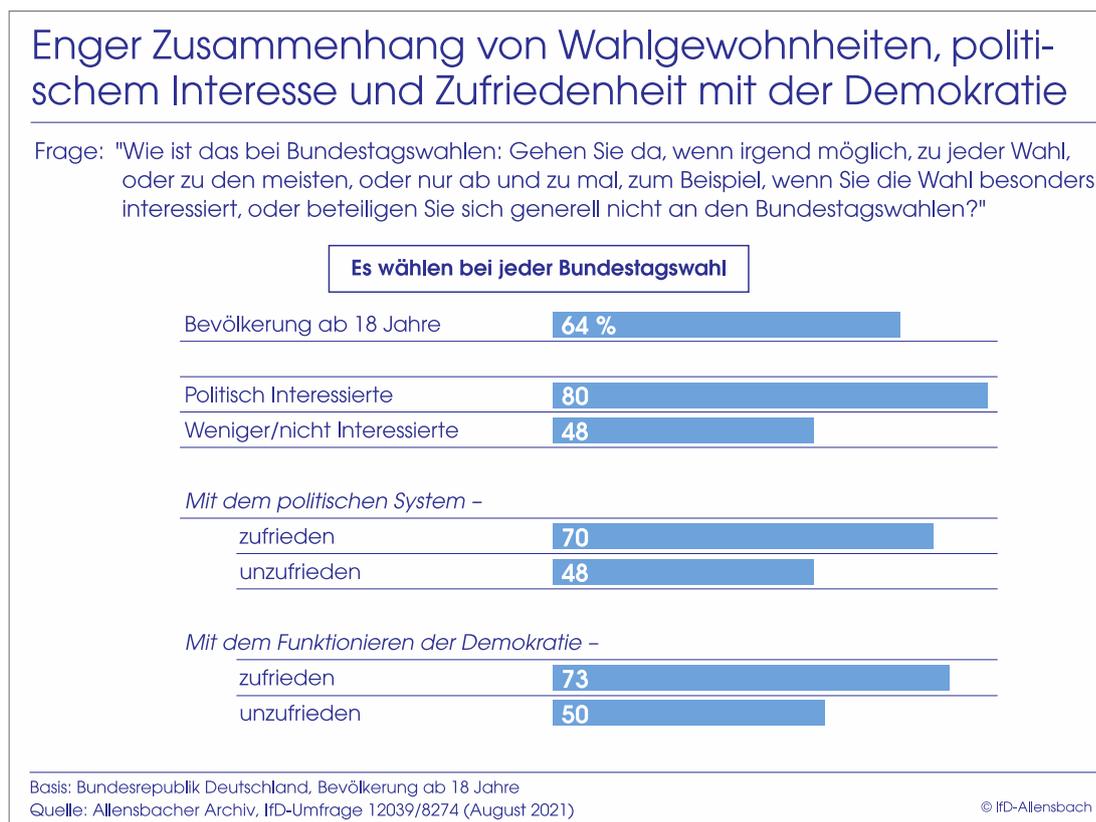


Schaubild 46: Enger Zusammenhang von Wahlgewohnheit, politischem Interesse und Zufriedenheit mit der Demokratie

Aussagekräftiger lassen sich die hier relevanten Zusammenhänge mit multivariaten linearen Regressionen der unterschiedlichen Einflüsse auf die individuelle Wahlbeteiligung erfassen. Als abhängige Variable wurde dazu eine vierstufige Skala der Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an der Bundestagswahl 2021 genutzt von 1 (=nicht) bis 4 (=bestimmt). Betrachtet werden dabei allein die Wahlberechtigten.

Eine erste Regression auf Basis von soziodemografischen Einflussvariablen zeigt als stärksten Faktor den sozialen Status der Wahlberechtigten: Je höher der Status, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung. Die zunächst recht kleine Erklärungskraft der Regression wächst bei einer Erweiterung der Einflussfaktoren um das politische Interesse erheblich an. Bei einer solchen Betrachtung erklärt vor allem das politische Interesse die wahr-

scheinliche Wahlbeteiligung. Diese erhebliche Erklärungskraft des politischen Interesses verringert sich auch durch eine größere Erweiterung um weitere Einflussvariablen nur leicht. Hierbei kommen dann als starke Einflüsse vor allem die Grundeinstellungen zum Wählen

Multivariate lineare Regression: mögliche Einflüsse auf die geplante Wahlbeteiligung

Abhängige Variable: Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an der BTW 2021 (4-stufig)	Wahlberechtigte		
	1. Soziodemografie	2. Soziodemografie und pol. Interesse	3. Soziodemografie, pol. Int., Einstellungen
	β	β	β
Geschlecht: Mann	-,01	-,07	-,04
Alter	,09	,03	,03
Status	,22 ***	,12 ***	,07 **
Westdeutschland	,05	,05	-,03
Politisches Interesse		,37 ***	,28 ***
Wohnregion: "Junge Leute ziehen weg"			,01
Wohnregion: "Nicht genügend Arbeitsplätze"			-,00
Vertrauen zur Bundesregierung			,04
Vertrauen zum Bundestag			,04
Vertrauen zu den Parteien			-,02
Demokratie ist beste Staatsform			,03
Demokratie hat sich alles in allem bewährt			,06
Zufriedenheit mit Funktionieren des Systems			,03
Man kann Einfluss nehmen			,01
Freiwilliges Engagement			,02
Wählen gehört für mich dazu (Habitualisierung)			,14 ***
Wählen verändert nichts			-,18 ***
R ²	,05	,17	,28
n=		1.031	

Signifikanzen: *p<0,05 ** p<0,01 *** p<0,001
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (2021)

Schaubild 47: Multivariate lineare Regressen – Mögliche Einflüsse auf die geplante Wahlbeteiligung

hinzu: Die Wahlwahrscheinlichkeit wächst mit der Wahlgewohnheit (Habitualisierung) und sinkt mit der Vorstellung, dass Wahlen ohnehin nichts verändern.

Die betrachteten Faktoren der politischen Integration nehmen also weniger stark direkten Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Wohl aber wirken sie indirekte über das politische Interesse

Multivariate lineare Regression: mögliche Einflüsse auf das politische Interesse

Abhängige Variable: politisches Interesse (3-stufig)	Wahlberechtigte	
	1. Sozio- demografie	2. Soziodemografie und Einstellungen
	β	β
Geschlecht: Mann	,16 ***	,15 ***
Alter	,16 ***	,18 ***
Status	,27 ***	,23 ***
Westdeutschland	,01	-,02
Wohnregion: "Junge Leute ziehen weg"		,01
Wohnregion: "Nicht genügend Arbeitsplätze"		,07 *
Vertrauen zur Bundesregierung		-,03
Vertrauen zum Bundestag		,05
Vertrauen zu den Parteien		,11 *
Demokratie ist beste Staatsform		,05
Demokratie hat sich alles in allem bewährt		,11 *
Zufriedenheit mit Funktionieren des Systems		,13 **
Man kann Einfluss nehmen		,07 *
Freiwilliges Engagement		,12 ***
R ²	,11	,18
n=	1.031	

Signifikanzen: *p<0,05 ** p<0,01 *** p<0,001
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12039/8274 (2021)

Schaubild 48. Multivariate lineare Regression – Mögliche Einflüsse auf das politische Interesse

und die Wahlgewohnheiten ein. Das zeigt beispielhaft eine vertiefende Regression zu den Einflussfaktoren auf das politische Interesse. Dazu gehören unter anderem höherer Status und höheres Alter. Aber auch eine positive Haltung zur Demokratie, Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems, wahrgenommene Selbstwirksamkeit im Hinblick auf die Entwicklungen am Wohnort und nicht zuletzt das freiwillige Engagement hängen mit einem erhöhten politischen Interesse signifikant zusammen. In die andere Richtung wirken etwa negative Erfahrungen in der Wohnregion: Wer das Fehlen von Arbeitsplätzen am Wohnort beklagt, bringt tendenziell eher weniger Interesse für die Politik auf.

Von daher zeigt sich hier gewissermaßen ein Zwischenschritt: Demokratisch stärker Integrierte interessieren sich stärker für Politik und betrachten das Wählen eher als Selbstverständlichkeit. Als zugleich politisch Interessierte und Gewohnheitswähler beteiligen sie sich dann auch häufiger an Wahlen als die weniger Integrierten.

3 Ausblick

Die Vorstudie war in mehrererlei Hinsicht ertragreich. Die Workshops zeigten das große Interesse der die DSEE tragenden Ministerien an dem Monitoring „Demokratische Integration“. Kolleg*innen aus dem Wissenschaftsbereich bekräftigten die Relevanz des Monitorings in seiner methodischen und analytischen Anlage. Die empirische Vorstudie, die vom Institut für Demoskopie in Allensbach durchgeführt wurde, arbeitete hochrelevante Zusammenhänge heraus: Zwischen Einstellungen, Qualität der Daseinsvorsorge, politischer Selbstwirksamkeit und Wahlbeteiligung einerseits und Systemvertrauen andererseits; es traten bisher unbekannte Zusammenhänge heraus. Auch ist die Vorstudie in der Lage, Wahlverhalten und Engagement sowie deren Zusammenhang mit Einstellungen (System- und Institutionenvertrauen, Haltung zur Demokratie) zu eichen. Überdies konnte herausgearbeitet werden, dass das System- und Institutionenvertrauen der Bevölkerung zwar deutlich beeinträchtigt ist, aber durch die Coronapandemie nicht zusätzlich gelitten hat. Dies macht es möglich, etwa auf Daten des Freiwilligensurveys zurückzugreifen, der auf das Jahre 2019 datiert und damit vor der Coronapandemie stattfand. Durch die Recherche und Sichtung von relevanten Daten, die für eine Weiterentwicklung und eine noch bessere Datenbasis für das Monitoring genutzt werden könnten, wurden weitere relevante Datenquellen erschlossen, die für das Monitoring „Demokratische Integration“ genutzt werden können.

Die Vorstudie unterstützt damit in mehrfacher Hinsicht die Plausibilität, aber auch Relevanz des Monitorings „Demokratische Integration“ für die Engagementförderung, aber auch die Förderung von Demokratie. Die Voraussetzung für die Durchführung des Monitorings sind gegeben. Dabei sollte die bewährte Vorgehensweise fortgesetzt werden, dass der Prozess der Erstellung des Monitorings in einen Dialogprozess eingebunden wird, sowohl mit der Stiftung, als auch mit den die Stiftung tragenden Ministerien einerseits, Wissenschaftler*innen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft andererseits. Auch soll in dem das Monitoring „Demokratische Integration“ tragenden Konsortium das Vorgehen eng abgestimmt werden.

Sinnvoll erscheint, eine zweite Bevölkerungsbefragung vorzusehen, die den auch öffentlich breit diskutierten und rezipierten Phänomenen der Impfskepsis und der Resonanz von Verschwörungstheorien und ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachgeht, um die jüngsten Dynamiken und ihre Wirkungen auf Engagement und Institutionen- sowie Systemvertrauen in den Blick nehmen zu können. Ohne eine solche Studie wäre die Rezeption des Monitorings „Demokratische Integration“ stets mit dem Vorbehalt konfrontiert, die aktuellen Entwicklungen nicht hinreichend berücksichtigt zu haben. Dabei zeigt sich schon jetzt, dass trotz Coronapandemie und auch angesichts der Minderheit der Verschwörungsszene das Systemvertrauen weithin ungebrochen ist und auch auf regionaler Ebene die Voraussetzung für Engagement und politische Beteiligung weiterhin gegeben sind. Das Narrativ der Spaltung der Gesellschaft lässt sich empirisch so nicht bestätigen. Entsprechenden Meinungen gilt es auch datengestützt entgegenzutreten. Es sind weitere relevante Einflussfaktoren in das Kon-

zept der „Demokratischen Integration“ einzubeziehen. Dazu gehören Aspekte sozialer Ungleichheit, die auch und gerade unter Bedingungen von Corona an Bedeutung gewonnen haben und ggf. auch zukünftig an Bedeutung gewinnen.

Eine Kommunikationsstrategie für die Ergebnisse der „Demokratischen Integration“ gilt es eng mit der DSEE abzustimmen.

4 Literaturverzeichnis

Blinkert, Baldo; Klie, Thomas; Rischard, Pablo; Siegel, Irina (2019): Demokratische Integration in den Raumordnungsregionen von Deutschland. In: Thomas Klie (Hg.): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Wiesbaden: Springer-Verlag (Bürgergesellschaft und Demokratie), S. 31–114.

Brachert, Matthias (2019): Bestimmungsgründe regionaler Unterschiede der politischen Partizipation in Deutschland. In: Everhard Holtmann (Hg.): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/ New York. S. 219 – 342.

Decker, Frank u. a (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? Bonn.

Easton, David (1978): A Systems Analysis of Political Life. New York, 1965. Institut für Demoskopie Allensbach: Demokratie-Verankerung in der Bundesrepublik Deutschland. Allensbach.

Holtmann, Everhard u. a. (2018): Sachsen-Anhalt-Monitor 2018 - Polarisierung und Zusammenhalt. Halle und Wittenberg. S.59

Institut für Demoskopie Allensbach (2019): 70 Jahre Grundgesetz - Der Rückhalt des Grundgesetzes bei den Bürgern. Allensbach.

Klie, Thomas (Hg.) (2019): Demokratische Integration in Deutschland. Monitoring der Raumordnungsregionen in Deutschland. Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze); Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft e.V. (FIFAS). Wiesbaden: Springer-Verlag (Bürgergesellschaft und Demokratie).

Köcher, Renate; Haumann, Wilhelm (2018): Engagement in Zahlen. In: Thomas Klie, Anna Wiebke Klie (Hg.): Engagement und Zivilgesellschaft. Expertisen und Debatten zum Zweiten Engagementbericht. Wiesbaden: Springer VS, S.15-106.

Noelle, Elisabeth; Neumann Erich Peter (Hg.) (1956): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955. Allensbach: Verlag für Demoskopie. S.51.

Petersen, Thomas (2021): Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.Juni 2021, S.8.

Simonson, Julia u. a. (Hg.) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin. S.263.

Simonson, Julia; Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna, Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: DZA. S.268-270

Van Reybrouck, David (2017): Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen: Wallstein, 2016. Jason Brennan: Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen. Berlin: Ullstein.